

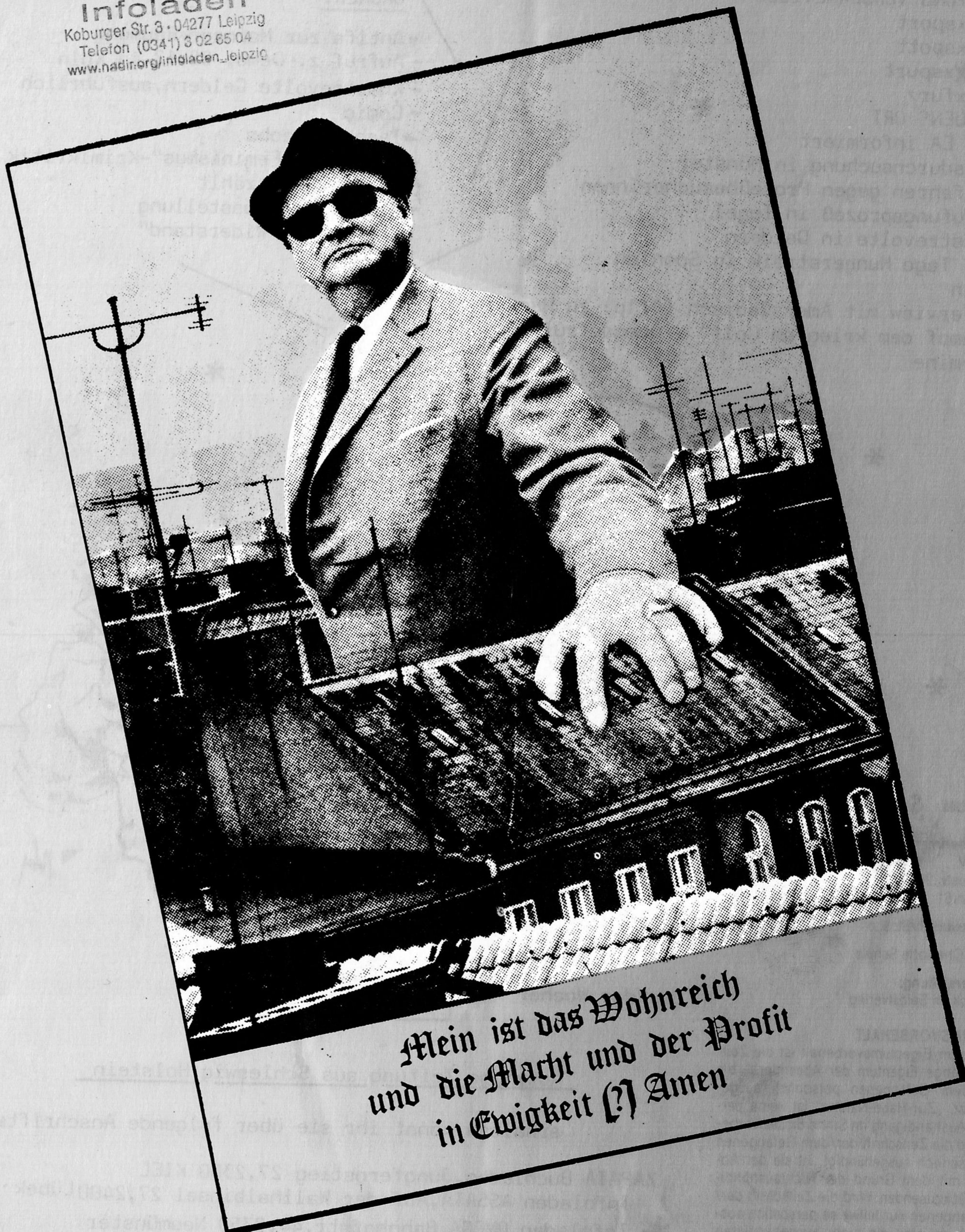
INTERIM

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

Infoladen
Koburger Str. 3 • 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig



Mein ist das Wohnreich
und die Macht und der Profit
in Ewigkeit (?) Amen

Nr. 128

20. Dezember 1990

In/Gehalt:

- 4 Kollektiv Chaos Lübby/Geschichte u. Räumung *
- 6 Gedanken zur Lübby-Räumungs-VV, Teil I + II *
- 9 "wir holen uns unsere Lübby wieda"
- 10 "WAS TUN BEI EINER RÄUMUNG ???"
- 11 Wagenburgplenum
- 12 Wir bleiben in SO 36 oder: Eine Kampagne entsteht *
- 14 Einladung zu den Häusertagen in HH
- 15 ACHTUNG VERGEWALTIGER
- 16 Volxsport
- 17 Volxspott
- 18 VolXxspurt
- 19 Volxfur7
- 20 FRAUENS ORT *
- 21 Der EA informiert
- 22 Hausdurchsuchung in Münster
- 23 Verfahren gegen ProzeßbesucherInnen
- 25 Berufsprozeß in Tegel
- 27 Knastrevolte in Geldern *
- 28 385 Tage Hungerstreik in Spanien *
- 32 egin
- 33 Interview mit Amer Qadisich (Pflp) zu Hussein u. a.
"Kampf dem krieg am Golf" - Demoaufruf für den 12.1.91
- 37 Termine

ORDNER:

- Antifa zur Mainzer-Räumung
- Aufruf z. Demo, 22.12. in Köln
- Knastrevolte Geldern, ausführlich
- Comic
- Isabel Jacobs
- "Arsen u. Feminismus"-Krimikritik
- Eine K.E. erzählt
- Kritik zur Ausstellung
"Kunst als Widerstand"



IMPRESSUM §

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Tip der Woche:

„LAND UNTER“

Autonome Zeitung aus Schleswig Holstein

erhalten könnt ihr sie über folgende Anschriften:

- ZAPATA Buchladen, Jungfernstieg 27, 2300 KIEL
- Infoladen ASSATA, Auf der Wallhalbinsel 27, 2400 Lübek
- * Infoladen OMEGA, Bahnhofstr. 44, 2350 Neumünster
- THEPRAX Infoladen, Königstr. 13/HF, 2370 Rendsburg

So, geschafft: Weihnachtspause. Dies ist also die letzte Nummer in diesem Jahr, die nächste erscheint erst am 10. Januar (REDAKTIONSSCHLUß IST AM MONTAG, DEM 7. JANUAR!!!!).

Außerdem: Da wir nix so sehr lieben wie unsere kleine Bürokratie kann es manchmal schon Wooooochen dauern, bis ihr eine Antwort auf eure Anfragen, Bestellungen etc. erhaltet! Also Geduld u. nicht so schimpfen, wenn es dauert...

Gedauert hat's dafür bei euch aber wieder mal etwas länger. Am Dienstag waren noch DIE Stapel neu dazu gekommen. Hat uns ganz schön ins Schwitzen gebracht. Dabei ist der Montag frühabends nun schon seit ewigen Zeiten Sensetermin (Redaktionsschluß)! (Und dann noch nicht mal Schokis - außer einer einzigen Kinderschokolade, danke) Verziehen sei aber dem Lübbi-Chaos-Kollektiv, die seit Montag Mittag auf dem lauseplatz sind. Euer Flugis hatten wir allerdings wegen der schlechten Qualität schon neu getippt u. nicht mehr geändert. Sieht zwar anders aus, steht aber dasselbe drinnen.

Im übrigen haben wir in unserem Kasten ne Karte aus Amsterdam für Euch, liegt im Ordner für euch zum Abholen.

Na und dann hoffen wir noch, daß viele auf dem Lauseplatz vorbeischauen mit Brennholz, Kohlen und wärmenden Getränken.

Die Qualität der meisten abgegebenen Beiträge, Flugis etc. war derart miserabel, daß wir sie nochmal abtippen "Durften", vielen dank. Gebt also bessere Vorlagen ab.

- Aus Ostberlin lag leider nix im Kasten, wäre gut, wenn über die "Grenzen" hinweg öfters was rüberkäme.

Uns ist aufgefallen, daß es diesmal überhaupt keine Reaktionen/Kritiken auf früher Veröffentlichtes gab. Ärgerlich!

- Was eine Kämpfende Einheit mitzuteilen hat, haben wir deshalb in den Ordner verbannt, weil das Teil weit unter dem Niveau der Frontdiskussion lag, die bereits im Gange ist.

- "Kunst als Widerstand" ist im Ordner, weil die Ausstellung noch nicht in Berlin war. Die Ausstellung soll lohnend sein ("gut informierte Kreise"), wir sind keine KunstfeindInnen.

- Die Erklärung aus HH haben wir von 3 auf 1 Seite gekürzt. SO!!! Und wenn es auch Weihnachten Knastkundgebungen gibt und bisher zu Sylvester nicht mobilisiert wird, so hoffen wir doch mit allen, die nicht wegfahren, SYLVESTER VOR M KNAST ZU STEHEN.

Und zum endgültigen Schluß eine Anmerkung von klaus viehmann, Knast Werl, zum 3:1 Papier (interim 120):

"das ist die überarbeitete fassung eines textes, den ich als zusammenfassung einer längeren diskussion geschrieben hatte. an der diskussion waren frauen anstoßgebend und in der folge auch sehr intensiv beteiligt. auch die überarbeitung ist eine coproduktion. in der hinsicht ist das papier eher ein "gemischtes", als das von einem (einzelnen) typen. (das soll kritik am papier nicht abbügeln.)

.... bei dem papier wäre es mir ohnehin lieber, wenn reaktionen nicht (nur) auf meinem zellentisch landen (der ist immer erfreulich überfüllt), sondern z.b. in der interim oder swing... die weitere diskussion der "triple oppression" sollte öffentlich laufen.

Kollektiv Chaos Lübbi 29

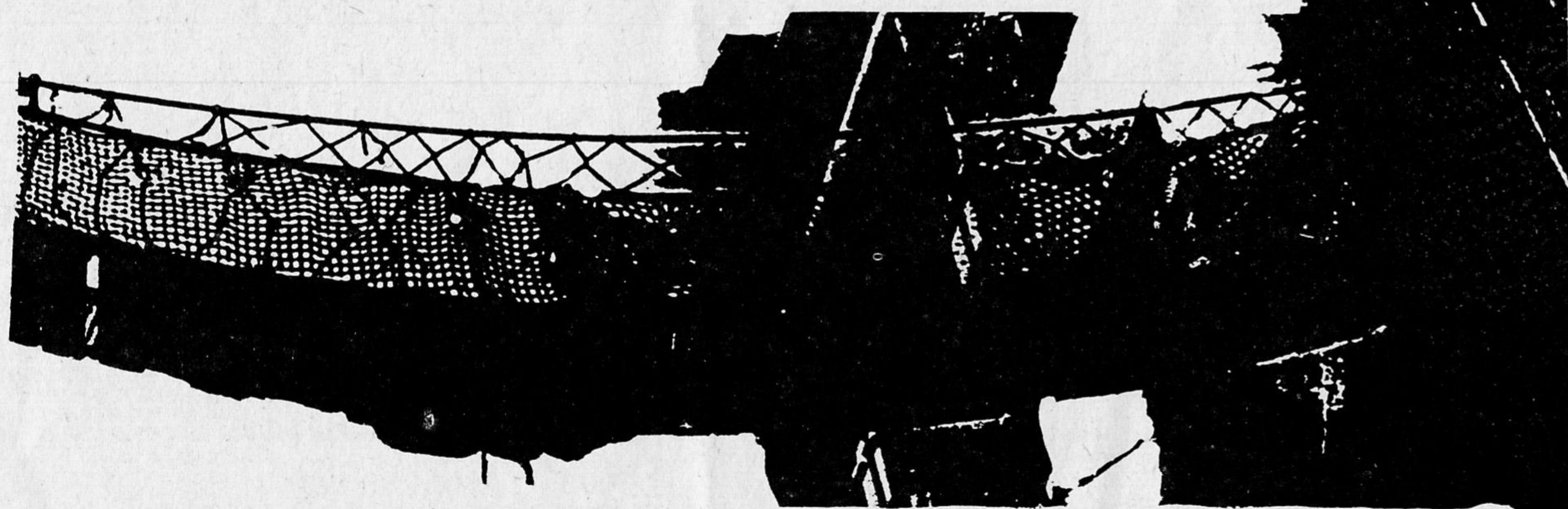
am Dienstag d. 11.12.90

GERÄUMT



ZUR GESCHICHTE:

Die Häuser Lübbener Str. 25-29 gehören der Berliner Wohn- und Geschäftshaus GmbH (BeWoGe), die zu 98% senats-eigen ist. Seit 1985 war bekannt, daß diese plante, die Häuser mit öffentlichen Mitteln zu modernisieren. Mit Hinweis auf die bevorstehende Modernisierung wurden seit dieser Zeit keine Instandsetzungsarbeiten mehr gemacht. Die MieterInnen sind teilweise schon 1985 entnervt ausgezogen - ganz wie von der BeWoGe beabsichtigt. Die Wohnungen standen daher zum Teil bis Oktober 89 leer, denn neue MieterInnen hätten nur mehr Probleme bei der Durchführung der Modernisierung bedeutet. Dabei wurden die ausfallenden Mieten zum größten Teil durch Leerstandsgelder aus öffentlicher Hand abgedeckt. Bei den Häusern 27, 28 und 29 begann die BeWoGe im Frühjahr 89 gezielt die noch bewohnten Wohnungen zu entmieten, den verbliebenen MieterInnen wurden Umsetzwohnungen aufgedrängt. Als Antwort auf die akute Obdachlosigkeit und die immer größer werdende Wohnungsnot wurden seit Anfang 89 zahlreiche Wohnungen in der Lübbener Str. 27 und 29 still besetzt. Nach einer Besetzung der Büroräume des mitverantwortlichen Sanierungsträger S.T.E.R.N. mußte die BeWoGe öffentlich den jahrelangen Leerstand zugeben und es wurden befristete Mietverträge herausgerückt. Nachdem das HH 28 abgerissen und am 4.12.89 und 2.1.90 die Lübbener Str. 27 geräumt worden waren, lebten in der Lübbi 29 noch 65 Frauen, Männer und Kinder.



Am Dienstag, den 11.12.90 wurden nun auch das Vorder- und Hinterhaus der Lübbener Str. 29 von einem Großaufgebot der Polizei geräumt! Um 6 Uhr 52 wurden wir durch den Ruf "Bullen" unsanft aus dem Schlaf gerissen. Jene waren da schon im Haus, blockierten die Wohnungen und begannen einzelne Wohnungen mit verschiedenen verfahrensrechtlichen Begründungen (Baupolizei, ältere Räumungsurteile, Gerichtsvollzieher) zu räumen. Daß alle Wohnungen, bis auf die 5 mit Mietverträgen, geräumt werden sollten, wurde erst nach ein paar Stunden klar. In dieser Zeit ließen sie keine Leute, anfangs auch nicht die Kinder, aus den Wohnungen. Bautrupps und Möbelpacker zerstörten Öfen und schafften unsere Sachen in ein Lager für Zwangsräumungen. Dort können sie unter oberüblichen Bedingungen wieder ausgelöst werden (Kosten für z.B. BE-WAG, GASAG, Mietrückstände, Räumung, Möbeltransport und Lagerung können einbehalten werden).

Nach 14 Uhr hatten sie es geschafft: 55 Leute standen frierend im Schneematsch auf der Straße!

5 Personen wurden festgenommen, bei weiteren wurden die Personalien festgestellt (Vorwürfe wegen Hausfriedensbruch, Beleidigung, Widerstand u.a.).

Für uns kam die Räumung völlig überraschend, weil allen klar ist, daß es über Winter keinen Baubeginn (Modernisierung) geben wird, zweitens, weil erst vor wenigen Wochen vier Mietparteien ihre Verträge per Gerichtsbeschluß in unbefristete Mietverträge umgewandelt bekamen. (Zwei Wohnungen haben ihre Prozesse erst Anfang nächsten Jahres). Die restlichen Prozesse konnten allein aus finanziellen Gründen nicht geführt und nicht gewonnen werden.

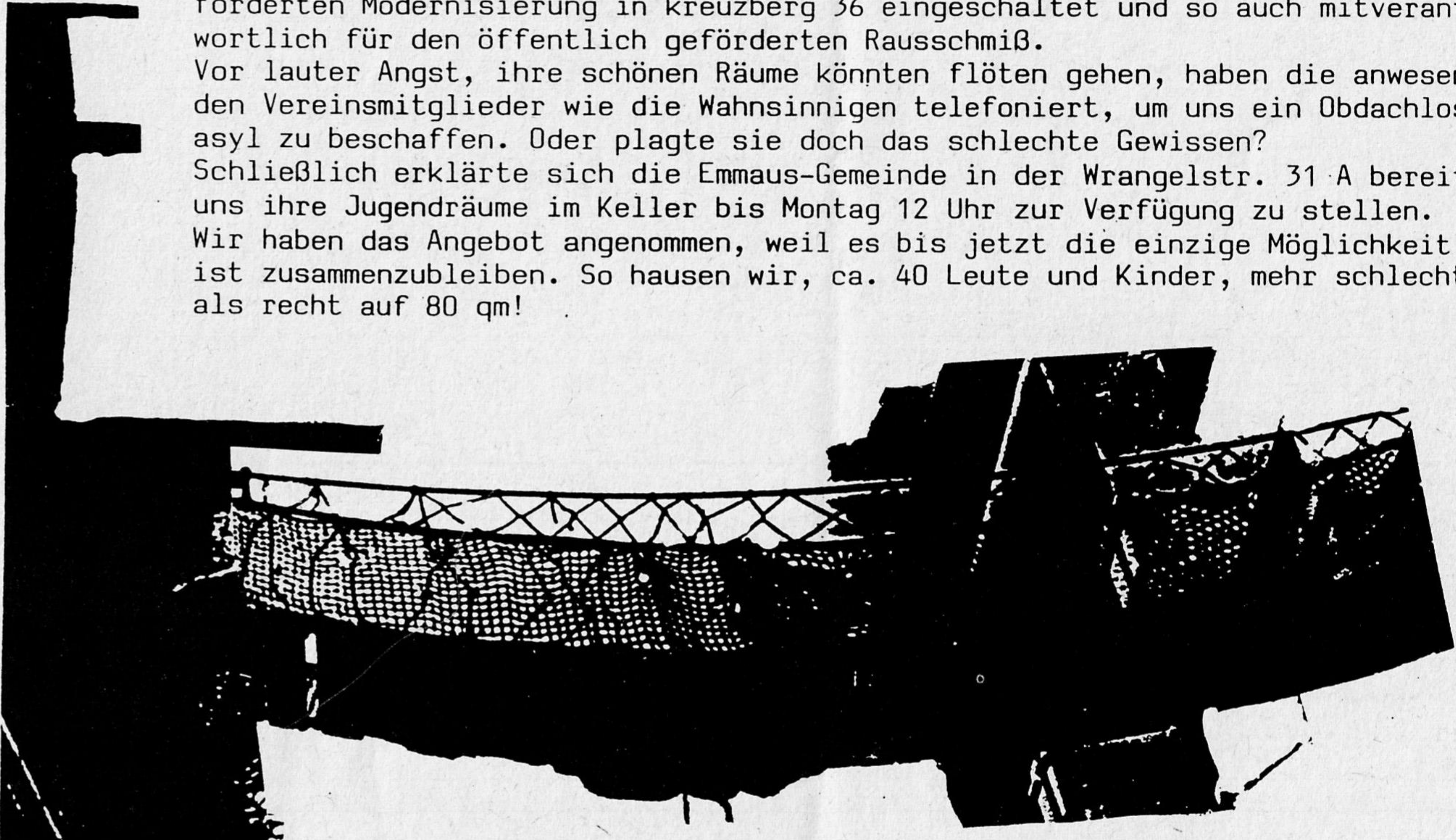
aber kein Grund, wie vorher unter dem Vorwand einer anstehenden Modernisierung, die Räume bis zu vier Jahre leerstehen zu lassen.

Am Nachmittag der Räumung tagte der Stadtteilausschuß im Verein SO 36 (Wrangelstr.). Wir beschlossen, die Sitzung zu sprengen und uns diese Räume zu nehmen. Der Verein SO 36 als MieterInnenverarschungsgrremium ist in der öffentlich geforderten Modernisierung in Kreuzberg 36 eingeschaltet und so auch mitverantwortlich für den öffentlich geförderten Rausschmiß.

Vor lauter Angst, ihre schönen Räume könnten flöten gehen, haben die anwesenden Vereinsmitglieder wie die Wahnsinnigen telefoniert, um uns ein Obdachlosen-asyl zu beschaffen. Oder plagte sie doch das schlechte Gewissen?

Schließlich erklärte sich die Emmaus-Gemeinde in der Wrangelstr. 31 A bereit, uns ihre Jugendräume im Keller bis Montag 12 Uhr zur Verfügung zu stellen.

Wir haben das Angebot angenommen, weil es bis jetzt die einzige Möglichkeit ist zusammenzubleiben. So hausen wir, ca. 40 Leute und Kinder, mehr schlecht als recht auf 80 qm!



letzte Woche noch von Berlin als "Hauptstadt der Obdachlosen" die Rede, so hat dieser Senat in seinen letzten Zuckungen (beim nächsten wird es sicher nicht besser) auf brutalste Weise gezeigt, wie er diesen Hauptstadtanspruch umsetzen will.

Nachdem vor 5 Wochen durch den Krieg gegen die Mainzer Straße 250 Menschen auf die Straße geprügelt worden sind, hat der Senat am Dienstag, mit dem ersten Schneefall, per Polizeiarmada erneut ca. 65 Menschen obdachlos gemacht. Er hat dabei auch keinerlei Rücksicht auf die zahlreich dort lebenden Kinder genommen.

Einmal mehr wird durch die Räumung der Lübbi 29 deutlich, daß sie in diesem Staat keinerlei Freiräume, die wir mit Infocaf, Volxküche, Bar und vielem mehr gefüllt haben, dulden!

Allein in den letzten zwei Monaten haben sie in Berlin durch die Räumen des Erkels, der Pfarrstraße, der Cotheniusstraße, der Mainzer Straße und nun der Lübbifast 400 Frauen, Männer und Kinder aus ihren lebenszusammenhängen gerissen und durch verschiedenste Verfahren kriminalisiert. Neue Versuche, sich solche Freiräume zu schaffen, wie in der Cuvry 34 und von den Frauen in der Dieffe 33 wurden durch Räumungen nach wenigen Tagen sofort zerschlagen. Auch wenn sie inzwischen alle Öfen zerstört und die Wohnungen unbewohnbar gemacht haben, ist uns eines klar:

Durch unsere Besetzungen in Ost und West sind viele Kontakte und Freundschaften entstanden.

Wir haben den ersten Schritt zum Traum von einem anderen, herrschaftsfreien Leben versucht. Diese Utopie kann nicht zerschlagen werden.

Solidarische Grüße an alle besetzten und geräumten Häuser!

Die Häuser denen, die drin wohnen wollen!



* GEDANKEN ZUR VV, NACH RÄUMUNG DER LÜBBI

Berlin, 12.12.90

ZUR LÜBBI-VV

Da räumen die Bullen einfach so ein seit zwei Jahren besetztes, bewohntes Haus. Zerstören Wohnraum, Sachwerte, gewachsene kollektive Lebenszusammenhänge, kassieren Leute ein (von denen einer wohl länger drinbleiben wird) und setzen einfach ihre große Abräume fort.

Und was tun wir? Solidarität vor Ort? Gleich Null! Spontandemo, 5 Stunden später, und? Maximal 60 Leute aufm Q-Damm! Ein paar (gute) Öff.-Aktionen. Das wars! Abends VV. Der Versammlungsraum ist randvoll. Einige Frauen aus der Lübbi - sichtlich geschockt und fertig - erzählen, was abging, wie ihre Lage ist, was noch ansteht.

UND WAS GEHT DANN AB ???
Vielleicht eine Diskussion, wie jetzt sofort praktische Solidarität mit den beraubten und obdachlosen organisiert werden kann, Knete, Wohnraum im Kiez, Druck auf die BewoGe ... Oder auch nur ein bißchen Power für die geräumten GenossInnen, wenigstens ein paar Worte, die Liebe+Kraft rüberbringen?
Oder das planen und durchführen einer Aktion aus der VV heraus, den Umständen (Überwachung, aber auch 200 Menschen mit WUT im Bauch - oder?) mit den Lübbi-BewohnerInnen zusammen?

entsprechend

Nichts in der Richtung.
Stattdessen wird der Anlaß der VV, die Räumung, und damit die 60 Menschen aus der Lübbi, einfach beiseitegeschoben, übergangen!!! Mensch (eher doch: man) beginnt dann, völlig deplaciert die jeweiligen persönlichen Ansichten über Gott und die Welt im allgemeinen und die Szene im besonderen zum besten zu geben:

"Ich würde gern über Isofolter reden, weil das die stärkste Waffe des BRD-Imperialismus gegen den Widerstand hier ist ..." oder "Wir haben eben die Massen nicht hinter uns, dann könnten die sowas nich mit uns machen, deshalb ..." oder "Das war vor 10 Jahren sicher genauso, warum lernen wir nicht endlich ..." usw.!!! Jeder Ansatz, was konkretes auf die Beine zu stellen, wird geflissentlich überhört oder abgeblockt: "Spontandemos sind blöd, das machen wir ja immer, und die Bullen wissens eh ..." (soll wohl heißen: wenn mensch nix kaputt machen kann, isses langweilig oder wie?) "Kirchenbesetzung? Also, Kirchen ham so feste Türen, die kriegen wir eh nich auf..."

Der Realist weiß, was er will; der Idealist will, was er weiß

■■■
Ich frage mich wozu eine solche VV da ist. Wer inhaltliche Debatten über weiß-ich-worüber führen will, soll das doch in dieser Zeitung oder aufm Kiezpalaver oder einer Veranstaltung dazu tun. Jede Frage, die einen von uns beschäftigt, ist es wert, diskutiert zu werden, ABER DOCH NICHT AUF EINER RÄUMUNGS-VV !!!

Und wer einen Aktionsvorschlag kritisiert, soll doch bitte gleich was besseres vorschlagen. Wenn nix besseres kommt, müssen wir halt das schlechtere weitermachen, bis uns ein Licht aufgeht. Wie war das doch gleich mit den Kämpfen, die wir nicht führen? Nix spricht doch dagegen, ne Spontandemo TROTZ der Bullen zu machen. Sowas kann ne VV leisten. Was sie nicht leisten kann, bezüglich Hit-and-Run und so, das kann hinterher außerdem noch laufen.

Dazu fehlt aber

die power nach ner VV wie am 11.12. Solidarität ist doch nix abstraktes, was auf Flugies geschrieben wird - Solidarität kann nur PRAKTIZIERT werden. Und das haben wir nicht gepackt am Dienstag. Und dafür habe ich mich geschämt.

Statt unserer Wut einen authentischen Ausdruck zu geben, meinetwegen in einer kurzen, schnellen Demo ohne Glasbruch (wer weiß, vielleicht pennen die pigs ja auch mal, aber es erst gar nicht zu probieren...) oder hin zur Lübbi, bis zur Bullensperre, dort bleiben, einfach zusammen sein, den Hass rauslassen und den Frust nicht rein, stattdessen labern wir uns zu Tode, ohne Inhalt oder Ziel.

Außerdem finde ich es zum kotzen, daß da wer über Isolation labert, während da mitten unter uns zwei oder mehr Menschen sitzen, die offensichtlich geschafft sind, plötzlich obdachlos, Freunde im Knast und und und, die da einfach sitzen und sogar weinen, und es INTERESSANT keinen, es redet nicht mal einer mit ihnen! Ich hab versucht, das dann am ende der VV auszudrücken, es blieb aber irgendwie hilflos.

soweit, so schlecht

Das war so mein Eindruck, und was mir zu Di. Abend so eingefallen ist. Und wie ich mich gefühlt hab, und das find ich auch wichtig. Ich hoffe, es wird nicht als miese Anpisse aufgefasst, auch wenn der Tonfall ... Die nächste VV - und die kommt sicher - muss mehr power rüberbringen, grade für die Betroffenen. Sonst können wir es auch einfach bleiben lassen.

WERDET WILD UND TUT VIELE SCHÖNE SACHEN!
AVANTI, OCCUPANTI !

GEDANKEN ZUR VV, NACH RÄUMUNG DER LÜBBI, 2. teil



Nachdem die letzte VV also noch unbefriedigender und frustrierender abgelaufen ist, als die vielen anderen davor - sollte mensch sich wirklich mal überlegen, woran das liegt und was jede/r daran mitändern könnte. Zunächst ist es doch schonmal absolut wichtig und toll diese feste Anlaufstelle zu haben. -gerade, wenn es darum geht möglichst schnell eine Re-action auf die Beine zu stellen. Und ich denke mit dieser Erwartung gehen doch die meisten dahin! Also: laßt uns das nutzen!!!

Laßt uns nicht gegenseitig auspowern mit Pseudodiskussionen und grundsätzlichen Zweifeln "ob überhaupt Aktion". Ich glaube, daß zur Zeit zwar alle eine große Wut und "Tatendrang" verlieren - aber durch die letzten Ereignisse auch immer pessimistischer, ratloser und unsicherer geworden sind - von daher wird anscheinend auch jede/r immer unentschlüssener in puncto konkreter Aktion!

Aber wir dürfen uns auf solchen VV's doch nicht noch mehr entmutigen!!! Es sollte sich wirklich jede/r mal auf die Vorschläge anderer einzulassen. Es sollte sich auch mal auf die Vorschläge anderer einzulassen. Letztlich ist es doch besser eine Aktion zu machen, die mensch vielleicht nicht 100%-ig genial findet, als überhaupt nicht mehr auf Räumungen u.ä. zu reagieren und somit die direkt Betroffenen ganz schön im Stich zu lassen!! Außerdem wäre es vielleicht gut von vorneherein feste Aktionen einzuplanen, d.h. bei der nächsten Räumung o.ä. finden spontan Demos, Blockaden, Besetzungen oder sonstwas statt und lediglich der genaue Ort wird dann noch kurzfristig entschieden (von wegen Bullenspitzel und so...)

Und hierbei sollten wir vor allem weiter versuchen viele "Normalos" zu erreichen, damit auch sie endlich kapieren, daß sie genauso Betroffene sind. Unsere einzige Chance besteht doch darin, daß wir wieder mehr werden und eine breitere Solidarität unter der Bevölkerung haben!!!!!!!

Laßt uns nicht aufhören für unsere Träume zu kämpfen - Mut und Phantasie für den Widerstand!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!



Bezirksamt Kreuzberg kurzfristig besetzt

Exbesetzer der Lübbener Straße fordern Wohnraum / »Ihr seid die letzten in der Warteschlange«

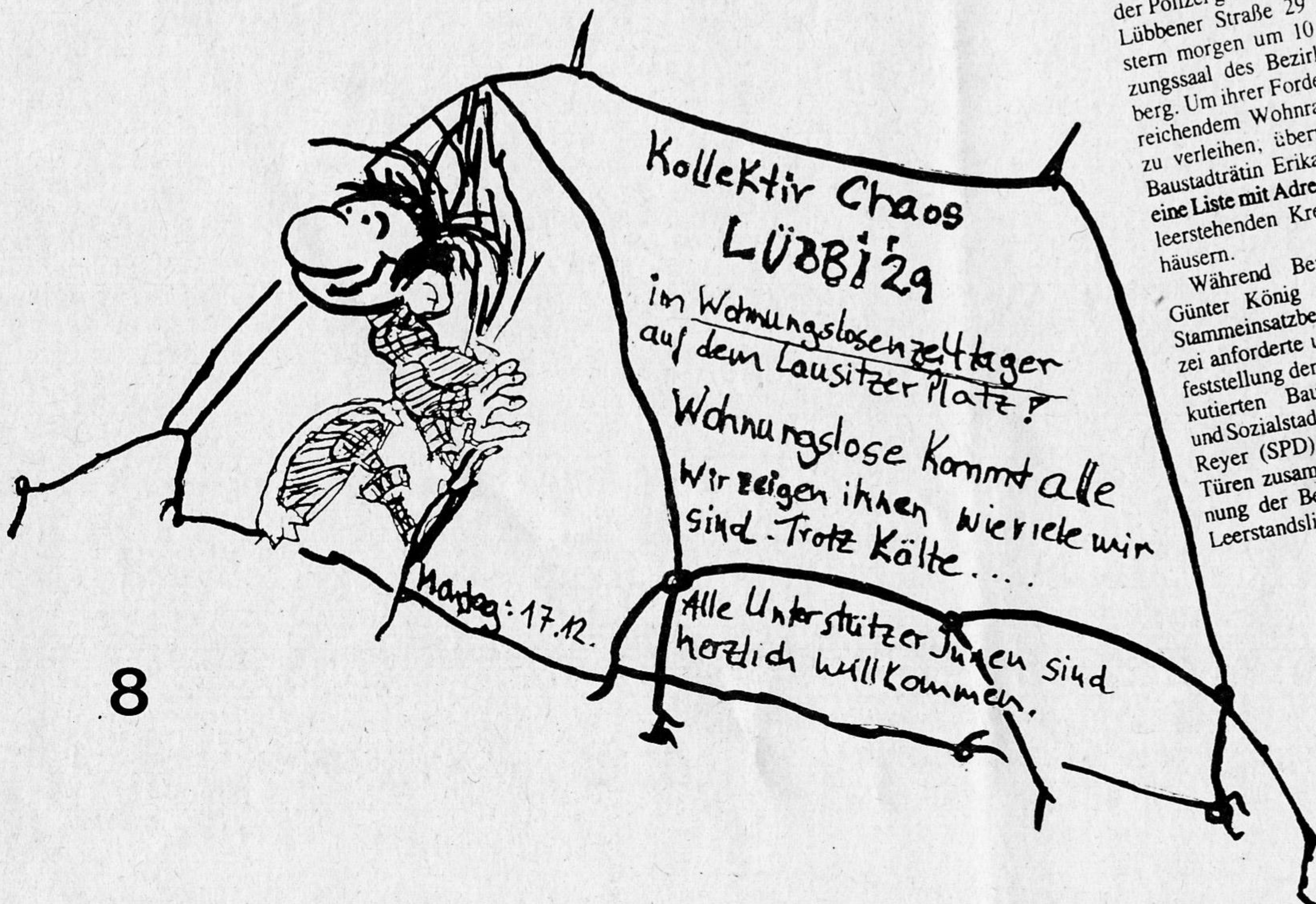


Kreuzberg. Erneut fürchtete ein Berliner Bürgermeister - nach der Besetzung von Schwierzinas Büro im Magistrat vor einigen Wochen - um Ruhe und Ordnung in seinen Amtsräumen: Etwa siebzig ehemalige Bewohner des am Dienstag von der Polizei geräumten Hauses in der Lübbener Straße 29 besetzten gestern morgen um 10 Uhr den Sitzungssaal des Bezirksamts Kreuzberg. Um ihrer Forderung nach ausreichendem Wohnraum Nachdruck zu verleihen, überreichten sie der Baustadträtin Erika Romberg (AL) eine Liste mit Adressen von zwanzig leerstehenden Kreuzberger Wohnhäusern.

Während Bezirksbürgermeister Günter König (SPD) bereits die Stammeinsatzbereitschaft der Polizei anforderte und die Personalienfeststellung der Besetzer plante, diskutierte Baustadträtin Romberg und Sozialstadträtin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) hinter geschlossenen Türen zusammen mit einer Abordnung der Besetzer die überreichte Leerstandsliste. Schon um 12.08 Uhr bliesen die Besetzer dann zum Rückzug. Als Gegenleistung gab es die bei der Räumung von Dienstag beschlagnahmte persönliche Habe zurück. Die Forderung der Besetzer nach gemeinsamem Wohnraum blieb unerfüllt.

»Die Hälfte von denen sind doch arme Schweine, denen ich wirklich helfen will«, befand Bürgermeister König, sichtlich erleichtert über den glimpflichen Ausgang. Noch bis Montag mittag können die 65 Exbesetzer in der Emmaus-Kirchengemeinde wohnen. »Es existiert leider kein einziges leerstehendes Wohnhaus für 60 Menschen in Kreuzberg«, erklärte Sozialstadträtin Junge-Reyer. Für die jüngst geräumten Häuser gebe es bereits lange Wartelisten mit sanierungsbetroffenen Mietern. »Und ihr seid die letzten in der Warteschlange.« »Ich besorge jedem amtlich gemeldeten Kreuzberger ein Dach über dem Kopf«, versprach die Sozialstadträtin. Und auf eine entsprechende Frage meinte sie: »Erfrieren dürfte eigentlich keiner.«

Marc Fest



wir holen uns unsere Lübbi wieda

Eigentlich haben wir gerade gar keine Zeit und die Zellen kommen auch viel zu spät, aber nach den bitteren Klagen vom letzten mal noch schnell das Allerneuste aus der Lübbi. Nach unserer vorübergehenden Besetzung der Räume vom Verein SO 36, haben wir bis Montag die Jugendräume der Emmauskirche zur Verfügung gestellt bekommen. War'n Duschen drinnen und natürlich Zentralheizung. Für uns wichtig erstmal was zum pennen zu haben und natürlich einen Anlaufpunkt. Dort gab's an drei Tagen eine Vokü von UnterstützerInnen und wir haben die Besetzung vom Bezirksamt geplant. Hat dann auch ganz gut geklappt, viele Leute und gute Stimmung. Papa König, seines Zeichens Bezirksbürgermeister hat sich ziemlich angestellt, es gab dann aber doch noch ein Gespräch zwischen uns und der Baustadträtin, der Sozialstadträtin und noch einigen anderen wichtigen Damen und Herren. Wir haben ihnen erstmal vorgeschlagen uns schleunigst in die Lübbi zu lassen, wurde aber erst mal mit na Menge dummer Argumente abgelehnt. Dann sind wir eine endlos lange Leerstandsliste durchgegangen, kam aber wie zu erwarten nichts bei raus. Zufällig fängt bei den leeren Häusern, die schon seit Jahren auf eine Besetzung warten, genau nächste Woche die Sanierung an, genaueres werden wir nach weihnachten noch von uns geben. Einziger Erfolg bisher, einen Teil unserer Sachen, die beschlagnahmt worden waren haben wir zurückbekommen. Di. um 15.30 h geht es weiter im bezirksamt und bis dahin haben wir eine Zeltstadt auf dem Lausitzerplatz aufgebaut. In der Lübbi selber hat sich auch einiges getan. Mi. war für die legalen MieterInnen das HH nicht mehr zu betreten, Do. haben sie dann mal schnell die Eingangstür zum HH aus dem Rahmen gekloppt, So. Brandstiftung in zwei Zimmern einer legalen Wohnung, gelöscht mit soviel Wasser, das du zwei Stockwerke drunter noch gut schwimmen konntest, ein zerstörtes Schloß und ne'n Drohbrieff dazu. So funktioniert sie also die BürgerInnen-nahe Entmietung. Jetzt sitzen wir also erstmal in unseren Zelten und freuen uns auf alle die vorbeischaun. Soweit erstmal in aller Schnelle, und das nächste mal auch ne Einschätzung über unseren Umgang(?) mit dem Verein SO 36 und dem Bezirksamt, (ein schmaller Grat auf dem wir uns da bewegen mit, auch unter uns, erheblichen Widersprüchen). Soweit in totaler Hektik, Wir lassen von uns hören!

kollektiv chaos lübbi 29

die letzten Aktionen haben mal wieder klar gemacht, daß

WAS TUN BEI EINER RÄUMUNG ???

immer noch nicht klar ist. Deshalb machen nochmal paar Leute den Versuch es zu klären. Die auf dem "WAS TUN DAMIZ BRENNT"

Flugi vorgeschlagenen Treffpunkte sind zum einen schlecht, weil sowieso wieder viele Leute in Mehringhof gehen, ausserdem können wir nicht davon ausgehen, daß die Bullen nur in einem Bezirk abräumen.

Hier nun ein anderer Vorschlag:

Überlegt in euren Gruppen
und Zusammenhängen Aktionen
die zeitgleich laufen
(Straßenblockaden etc.)
ansonsten kommt zur Räumung!!!

14.00 Uhr DEMO Treffpunkt Rosa-Luxemburg-Platz

20.00 Uhr VV Mehringhof

und danach hoffentlich mehr als nach der Lübbi...

WAGENBURGPLENUM

In Berlin gibt es in den uns bekannten sieben Wagenburgen und -plätzen um die 200 Wagen: jedeR BewohnerIn hat verschiedene Motive im Wagen zu leben. Ein paar davon haben wir hier mal gesammelt:

- Im Wagen bist Du frei von Einflüssen wie Miete/VermieterInnenstreß; Isolation im Silo; Ortsgebundenheit.
- Du bist relativ autark (unabhängig), lebst draußen unter freiem Himmel, kannst Dich zurückziehen, wenn Dir danach ist, Dich andererseits aber jederzeit mit Gleichgesinnten Wesen treffen.
- Viele von uns sind ursprünglich mal wegen der akuten Wohnungsnot in einen Wagen gezogen, die meisten davon leben allerdings ganz bewußt immer noch im Wagen und wollen da bleiben.

Die interne Situation, das Zusammenleben in den einzelnen Wagenburgen ist verschieden. In einigen leben die Menschen als Gruppe miteinander z. B. mit Gemeinschaftswagen etc., in anderen leben die BewohnerInnen mehr oder weniger friedlich nebeneinander und beziehen sich auf ihr direktes Umfeld z. B. die FreundInnen von nebenan.

Die Wagenburgen sind in unterschiedlichen Graden räumungsbedroht.

Im Zuge von Berlin als Hauptstadt, Olympia 2000, Kreuzberg im Citywahn ist das Interesse der ausführenden Organe der "freien" Marktwirtschaft gewachsen, linke Projekte in Außenbezirke abzudrängen bzw. ganz aufzulösen.

Der Druck hat sich auch auf uns verschärft. Fast alle haben sich bis jetzt um total andere Sachen gekümmert, als um die Wagenburgen an sich.

Auf der einen Seite finden wir es schade, daß wir es vorher nicht auf die Reihe gekriegt haben, Wagenburgenübergreifend etwas zum Laufen gebracht zu haben, andererseits freuen wir uns umso mehr, daß wir es jetzt endlich schaffen.

Inzwischen hat es zwei konstruktive Palaver mit mehreren WagenburgenvertreterInnen gegeben, die in Zukunft regelmäßig stattfinden werden.

Eine Idee, die aus diesen Treffen hervorging, ist einen Festumzug zu machen (rol-lendes Chaos), mit dem wir unserer Forderung nach einem freien, selbstbestimmten Leben Nachdruck verleihen wollen.

(Leute, die Zugmaschinen besitzen und Interesse haben mitzumachen, können sich in der WB am KB Adalbertstraße melden.)

Eine andere Idee ist das ERstellen einer Wagenburgzeitung, wenn es geht, bundesweit koordiniert. Ideen haben wir noch viele, was dabei rauskommt, wird sich zeigen.

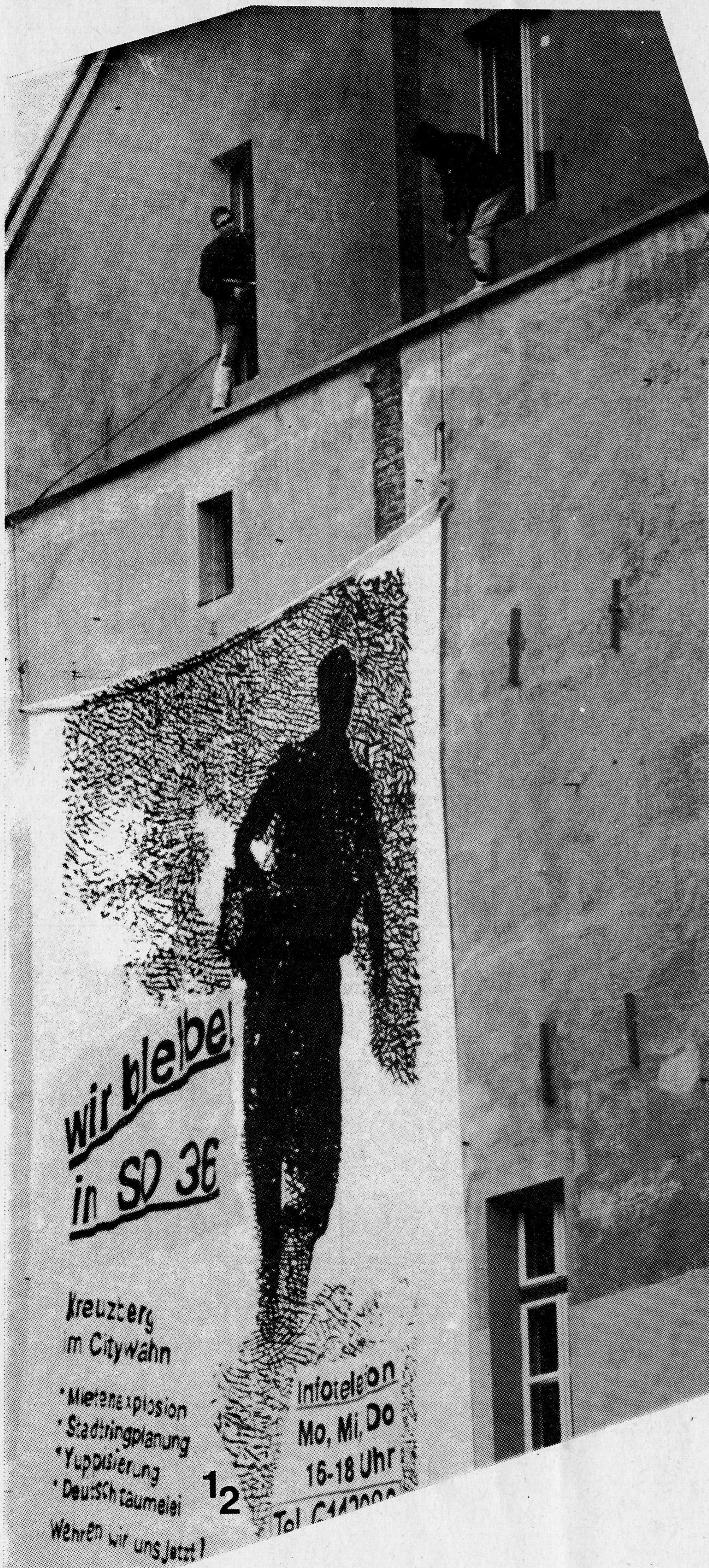
Uns ist aufgefallen, daß in HH Wagen- und Häuserkampf zusammengeführt wird - wäre toll, wenn das in B. auch so würde.

Im Rahmen der Häuserkampftage in HH (25.-30.12.90 findet am 27.12. um 20.00Uhr eine Veranstaltung zu Wagenburgen statt.

Am Freitag, den 21.12., wird an der Waldemarburg ein heidnisches Fest (Wintersonnenwende) gefeiert.

UNSER NÄCHSTES TREFFEN IST AM SONNTAG, DEN 23.12. UM 19.00 UHR IM TOMMY-HAUS IN DER WILHELMSTRASSE.

Für ein freies, selbstbestimmtes
Leben! d. WB-Plenum



Was tun, wenn Dir Dein Vermieter eine 300%ige Mieterhöhung ins Haus schickt. Die rosige Aussicht gleich nachschiebt, daß diese nur für kurze Zeit gilt, weil er die Mietpreisentwicklung im jetzigen Citybezirk Kreuzberg noch nicht absehen könne...?

Was tun, wenn die Fabriketage, in der Du seit Jahren lebst, zum kommenden Baubüro erklärt wird, in dem ein riesiges Ost-West-Handelszentrum am Moritzplatz geplant wird...?

Was machst Du, wenn der Fußgängerweg vor Deiner Tür zu einer Blechlawinenrennbahn, einem sechsspurigen Stadtring ausgebaut wird...?

Jedenfalls nicht aufs Christkind warten!

Einige, die nicht in den Ostteil weggehen wollen, weil sie sich in Kreuzberg wohl fühlen; die diesen Bezirk nicht einem Haufen von TechnokratInnen für ihre olympischen Hauptstadtspiele überlassen wollen, haben sich zu einer Initiative zusammengetan: "Wir bleiben in SO 36".

Eine Kampagne entsteht...

Als vor etwa zwei Monaten der erste Aufruf zur Kampagne veröffentlicht wurde (siehe auch Interim Ende Oktober) gab es ein gutes Echo. Zahlreiche Zeitungen, Berliner Mietermagazin, Drucksache, AL-Stachel, Netzwerk-Rundbrief, Volksblatt, Antifa-Info u.a. druckten Teile oder den ganzen Aufruf nach, Radio 4 U, SFB-Morgenecho, Radio 100 berichteten; tausende Flugblätter und Plakate wurden in Kreuzberg verklebt, vor allem auch um das Infotelefon, eine Anlaufstelle für Betroffene und Menschen, die sich beteiligen wollen, bekanntzumachen. Mittlerweile gibt es die ersten Anrufe, wenn auch zaghaft. Der Schritt, von der Bedrohung durch Kündigung zur Hoffnung und Zuversicht, sich wehren zu können, scheint groß zu sein. Dennoch wächst die Initiative vor allem durch Mundpropaganda und ein offenes Plenum wird eingerichtet. Hier fällt ein Haufen Arbeit an. KünstlerInnen, die schon seit längerem aktiv sind, wollen Zusammenarbeit, Kinderläden warten auf Rückruf; da

hörst du wieder von Mietpreismonopoli betroffenen WGs in der Reichenberger oder Pfuelstraße, die noch angesprochen werden müssen. Gleichzeitig ein Haufen von Informationen oder Gerüchte über geplante Projekte, die überprüft werden. Was ist denn nun mit der Planung für den Spreegürtel an der Köpenickerstraße, der vollständig umgestaltet werden soll?

Nachdem die Kampagne jetzt einigermaßen bekannt ist, gibt es verschiedene Ansätze, mit denen parallel weitergearbeitet wird:

Überlegung konkret an jedem Beispiel

Wenn die erste Etage Mitte Dezember in der Schinckestraße geräumt werden muß, braucht sie ja nicht unbedingt leerstehen. Haben vielleicht die geräumten Leute aus der Lübbener Straße Interesse...

Wenn der Bautrupps demnächst am Paul-Lincke-Ufer auftaucht, wer trägt sich ein in die Telefonkette für eine Blockade? Denn ein Haus, was nur unter Polizeischutz umgebaut werden kann, wird vielleicht nicht umgebaut... Wenn der Dr. Bollack die Leute aus der Eisenbahnstraße 4 rauschmeißt, könnte mensch ja mal hören, was die PatientInnen dazu meinen. Letzte Woche haben sich einige dazu aufgemacht und im Hausflur eine Parole hinterlassen: "Wozu braucht ein Arzt in Tegel ein Haus in Kreuzberg" - "Der Herr Doktor ist ein Spekulant". Die Hoffnung ist, je mehr betroffene WGs und MieterInnen (nicht nur aus der Scene) sich anschließen, desto mehr können wir uns auch zutrauen. Denn um einen Stadtring zu verhindern, gehört schon einiges mehr dazu. Und bei Information allein kann es nicht bleiben...

Kreuzberg ist City - Berlin wird Hauptstadt

Eine andere Gruppe versucht die allgemeinen Planspiele für Kreuzberg und generell für Berlin zu einer Art Wanderveranstaltung zusammenzufassen. Denn was mit unserem "Dorf" SO 36 geschieht ist nur ein kleiner Ausschnitt von dem, was in den

nächsten Jahren auf ganz Berlin zukommt. Wir wollen keinen "Lokalpatriotismus". Daß die Kampagne erstmal auf Kreuzberg bezogen angefangen hat, liegt daran, daß uns eine Ini für ganz Berlin überfordert. Klasse wäre natürlich, wenn sich demnächst in Neukölln, am Prenzelberg, im Wedding und in anderen Stadtteilen ähnliche Gruppen zusammen tun würden und die jeweils aktuellen Konflikte für ihren Bezirk aufgreifen. Sicher wäre dann auch eine Zusammenarbeit, wie früher unter den verschiedenen BesetzerInnenräten, möglich...

Für die Wanderveranstaltung werden eine Reihe von offiziellen und inoffiziellen Studien ausgewertet. Eine Menge Arbeit - Hilfe wird geschätzt...

Öffentlichkeitsarbeit zum Anfassen

Weil Artikel in Zeitungen, geklebte Plakate allein zu anonym sind, gibt es demnächst des öfteren Stände und Kundgebungen, wo auch persönlichere Nachfragen und Gespräche möglich sind.

Einen guten Anfang hatten wir letzten Freitag (am Türkenmarkt) und Samstag (Kotti, Manteuffel/Ecke Oranienstraße und Schlesi-sches Tor). Mit Feuerspucken und Riesentrara wurde ein 6 x 8 m großes Transparent an der Brandwand von der Manteuffel 42 aufgehängt; gleichzeitig der Aufruf zur Kampagne in Deutsch und Türkisch und die kostenlose Sondernummer von PROWO zum aktuellen Stand verteilt.

Mit Lautsprecherwagen und 30 Leuten gings Richtung Schlesi-sches Tor. Die Reaktionen in den angrenzenden Läden und Kneipen waren erstaunlich positiv. Die Frau am Imbiß Lauseplatz nahm gleich einen Stapel Flugis zum Auslegen und packte dem Verteiler ein Würstchen ein. "Wir kriegen auch eine Mieterhöhung. Macht weiter...!"

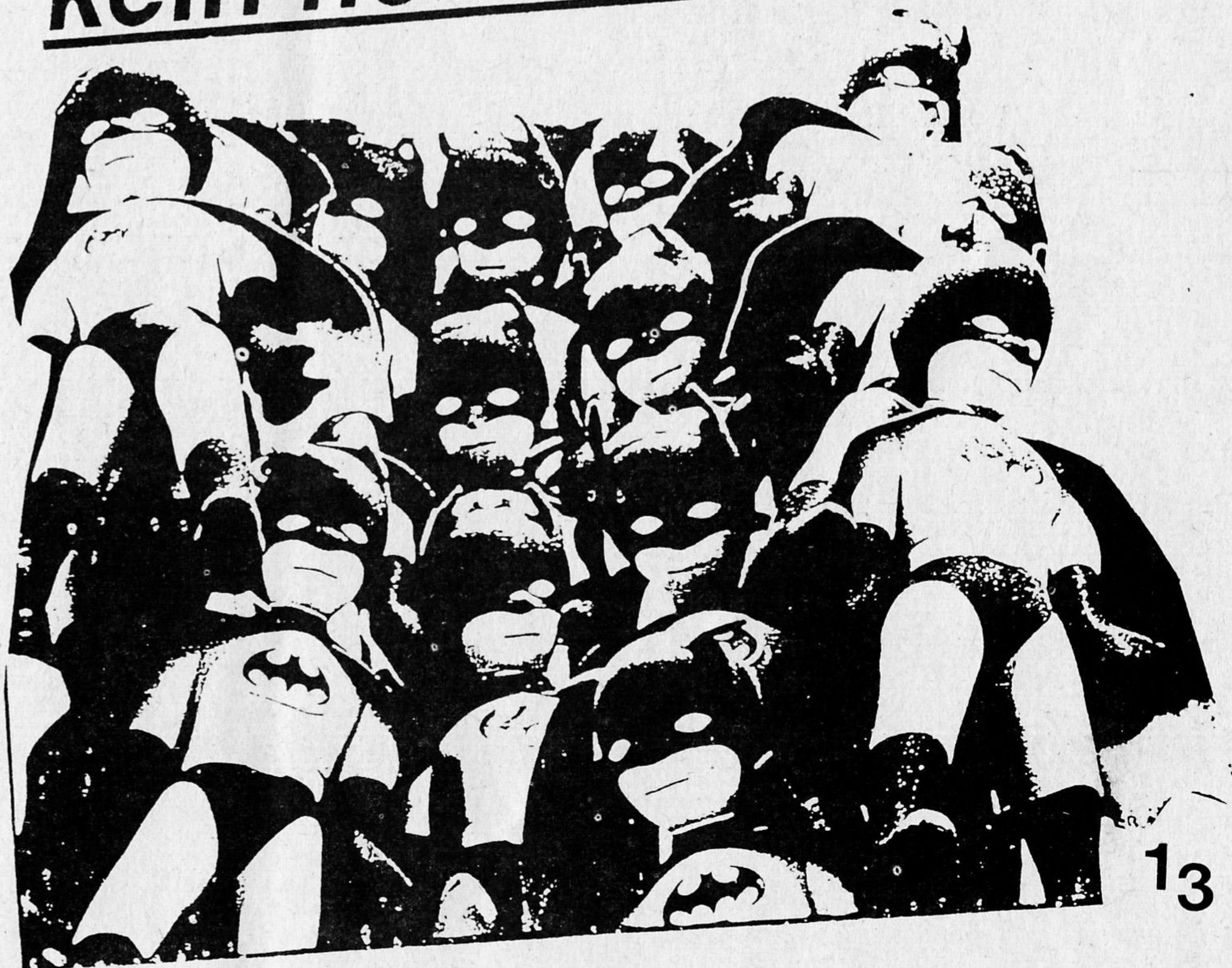
Logo! Wer mitmachen will:

Infotelefon:

**Mo, Mi, Do 16-18 Uhr
Tel. 614 30 80**

*UnterstützerInnengruppe
"Wir bleiben in SO 36"*

Es rettet Dich kein höheres Wesen...



⁴ Einladung zu den internationalen Häusertagen in Hamburg/BrD

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit wollen wir euch zu den internationalen Häusertagen, die vom 25. bis 30. Dezember in HH stattfinden, weraen, einladen. Entgegen der ursprünglichen Planung, die Tage in Berlin zu machen, haben wir uns auf dem letzten Vorbereitungstreffen entschieden, daß sie in Hamburg sein sollen. Der Hauptgrund dafür ist, daß wegen der verschärften Repression gegen die Hafenstraße Menschen aus dem Hafen und anderen Zusammenhängen nicht Überlegt haben, dieses Jahr dort auch Sylvestertage zu machen.

Die oft beschworene Krise des Kapitalismus ist nicht eingetreten, vielmehr haben wir in den letzten Jahren und Monaten den totalen Triumph des Kapitalismus über kapitalistische und sozialistische Versuche erlebt. Die Restaurierung des grossdeutschen Reiches ist nur ein vorläufiger Punkt in dieser Entwicklung. Gleichzeitig erlebt die extreme Rechte einen enormen Aufschwung, faschistische Parteien etablieren sich, faschistisches, rassistisches und nationalistisches Gedankengut wird von nichtfaschistischen Parteien übernommen und somit wieder "salonfähig". Der Terror gegen ArbeitsmigrantInnen, Flüchtlinge und linke Menschen nimmt in den europäischen Metropolen zu. Gleichseitig werden alle Menschen, die diesen Realitäten etwas entgegensetzen wollen, einer immer stärkeren staatlichen Repression unterzogen und/oder gezwungen, sich befrieden zu lassen. Der Häuserkampf als Teil des antifaschistischen und antikapitalistischen Kampfes (neben dem internationalistischen und dem um die Haftbedingungen der Gefangenen) ist einer der konkretesten Ausdrücke autonomer und ant imperialistischer Politik. Aus diesem Grund ist der Häuserkampf spätestens seit TREVI und dem Schengener Abkommen der Repression der europäischen und nationalen Sicherheits- und Polizeiapparate besonders ausgesetzt. (Drei Beispiele dafür sind a) die WNC-Räumung in Groningen/NL und der anschließende §140-Prozess; b) das RAF-Konstrukt der Bundesanwaltschaft in bezug auf die Hafenstraße, Hamburg/HRD; und c) die brutale und militärische Räumung der Mainzer Straße, Berlin/ex-DDR.) Unsere Einschätzung ist, daß wir dieser verstärkten, europäischen Repression nur gemeinsam etwas entgegensetzen können.

Deshalb wollen wir uns treffen, gemeinsam diskutieren, unsere Erfahrungen austauschen und sehen, ob es Möglichkeiten gibt, uns und unsere Strukturen zu vernetzen, um daraus eine gemeinsame Kraft und möglicherweise eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln.

Es wird voraussichtlich Arbeitsgruppen zu den folgenden Themen geben: Unsere Ansprüche, unsere Realität; Umstrukturierung; Stadtplanung, Stadtteilarbeit; Kriminalisierung; Immigrationspolitik; Europäische Repressionspolitik; Poll Tax; Großdeutschland; Internationalismus. Falls ihr noch Ideen für andere Arbeitsgruppen habt, laßt euch nicht davon abhalten, solche vorzubereiten!

Wir wollen aber nicht nur diskutieren, sondern auch gemeinsam feiern, essen und trinken. Da wir aber nicht überschauen können, wieviele Menschen kommen werden, verlasst euch wegen eurer Ernährung nicht auf uns, Außerdem ist es notwendig, daß ihr euch bei der angegebenen Kontaktadresse anmeldet, damit wir Schlafplätze organisieren können (Schlafsäcke & Isomatten mitbringen!). Wir stellen uns vor, daß die meisten AG's in englischer Sprache stattfinden werden, bei Bedarf kann es aber auch parallele AG's in verschiedenen Sprachen geben, falls es Menschen gibt, die mehrere Sprachen übersetzen können.

Jetzt kommt die Bettel-Ecke: Die Organisation der Häusertage kostet Geld. Deshalb bitten wir euch, euch mal zu Überlegen, ob ihr - etwa durch Soli-feten, -kneipen, -discos und -konzerte - zu diesen Kosten beitragen könnt.

Bitte gebt diese Einladung weiter, da wir nicht alle besetzten Häuser, Zentren und interessierten Zusammenhänge erreichen können.

Rivoluzione!



Kontakt und Anmeldung:

Schwarzmarkt

KW: Konterkariert

Paulinenplatz 11, 2000 HH 36

Tel.: 040 / 319 59 50 (Di, 14-18 Uhr)

Achtung

Vergewaltiger

Am 7.12.90 fuhren Maurice Fhreet
Und H. von Freiburg nach Berlin,
um Freunde zu besuchen.
Aus einem anscheinend vertrauten
Verhältnis wurde eine Tortur.

Maurice F. begann H. Auf ver-
schiedene Weisen, nach Zucker-
brot und Peitsche-Prinzip, zu
tyranisieren.

Es ging über Beleidigungen,
Schlägen, Anspucken, Tritte mit
Dogs, Klamotten zerreißen, Würgen,
bis hin zur zweifachen Vergewal-
tigung. Er hielt H. permanent un-
ter Beaufsichtigung, machte sie
somit abhängig von sich und hielt
ihr das später als Legitimation
dafür vor, sich in Form von Sex
bezahlen lassen.

H. HAT SICH GEWEHRT!

Sie machte es publik. Es fanden
sich einige Leute, die Maurice
ein böses Erwachen bescherten.

FRAUEN, IHR KÖNNT EUCH GEGEN
VERGEWALTIGER WEHREN!!!!!!!

Sucht euch Unterstützung
BILDET BANDEN!!!!!!!!!!!!

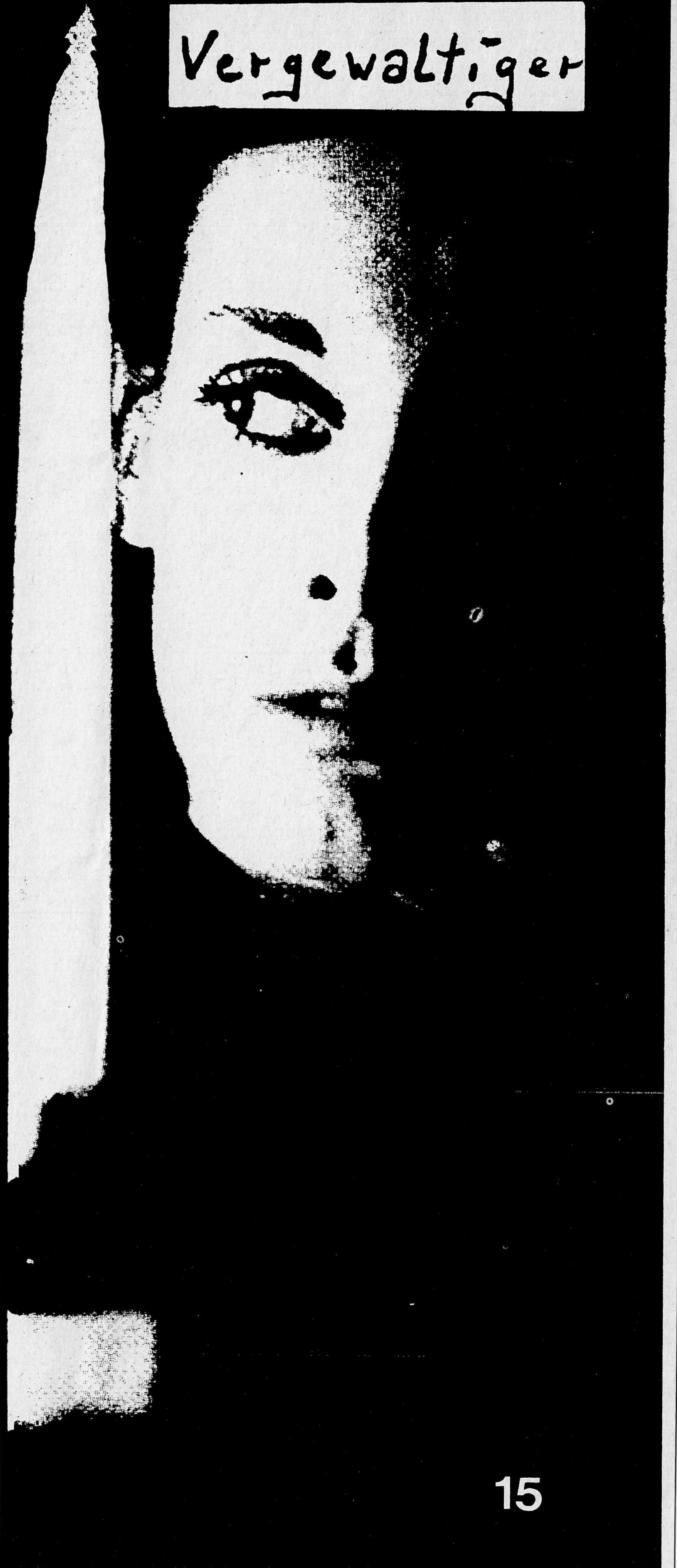
Zu der Person von Maurice Fhreet:
Er ist 36 Jahre alt, ca. 1.72m groß,
braune Augen, auffallende buschige
Augenbrauen, großteils Billenträger,
Halbglatze, schwarz-graue Haare,
ist Neuseeländer und treibt sich
viel in der Scene rum.

-Fahrt nicht mit ihm in andere
Städte!

-Laßt euch nicht von seiner Groß-
mütigkeit blenden!

- Helft H., daß sich dieser Typ
in Freiburg nicht mehr sehen
lassen kann!!!

FRAUEN HÖRT IHR FRAUEN SCHREIEN
LASST DIE EINE NICHT ALLEIN
SCHLAGT DEM TYP DIE FRESSE EIN!!
VERGEWALTIGER WIR KRIEGEN DICH!!!!



16

Berlin, den 12.12.1990

NOXSPOT *

BEWÖGE
Voßbergstr.3
1000 Berlin 62

Betreff: Das Überraschungsei in Ihren Büroräumen
Sehr geehrte Damen und Herren,
Aufgrund der Räumungen der Häuser in Ost- und Westberlin, insbesondere der Lubbener Straße, sehen wir uns gezwungen einzugreifen.

Wir können nicht zulassen, daß jegliche Form von selbstbestimmtem Leben und Widerstand zerstört wird. Auch Sie sind an der Umstrukturierung Berlins zur Hauptstadt des Kapitals maßgeblich beteiligt. Deshalb haben wir für Sie eine bombige Überraschung vorbe-

SPECKIS INS WELTALL

Wir haben der BEWÖGE, in den nächsten 48 Stunden warm angezogen sind.
der Firma, die die LÜBBT geräumt hat, eine Bombendrohung ins Haus geschickt.

Das nächste Mal Kracht's dann richtig.
Laßt sie zittern, mit oder ohne Bombe!!!!
Die Schwärze Paula

Des weiteren wünschen wir Ihnen ein friedliches Fest!

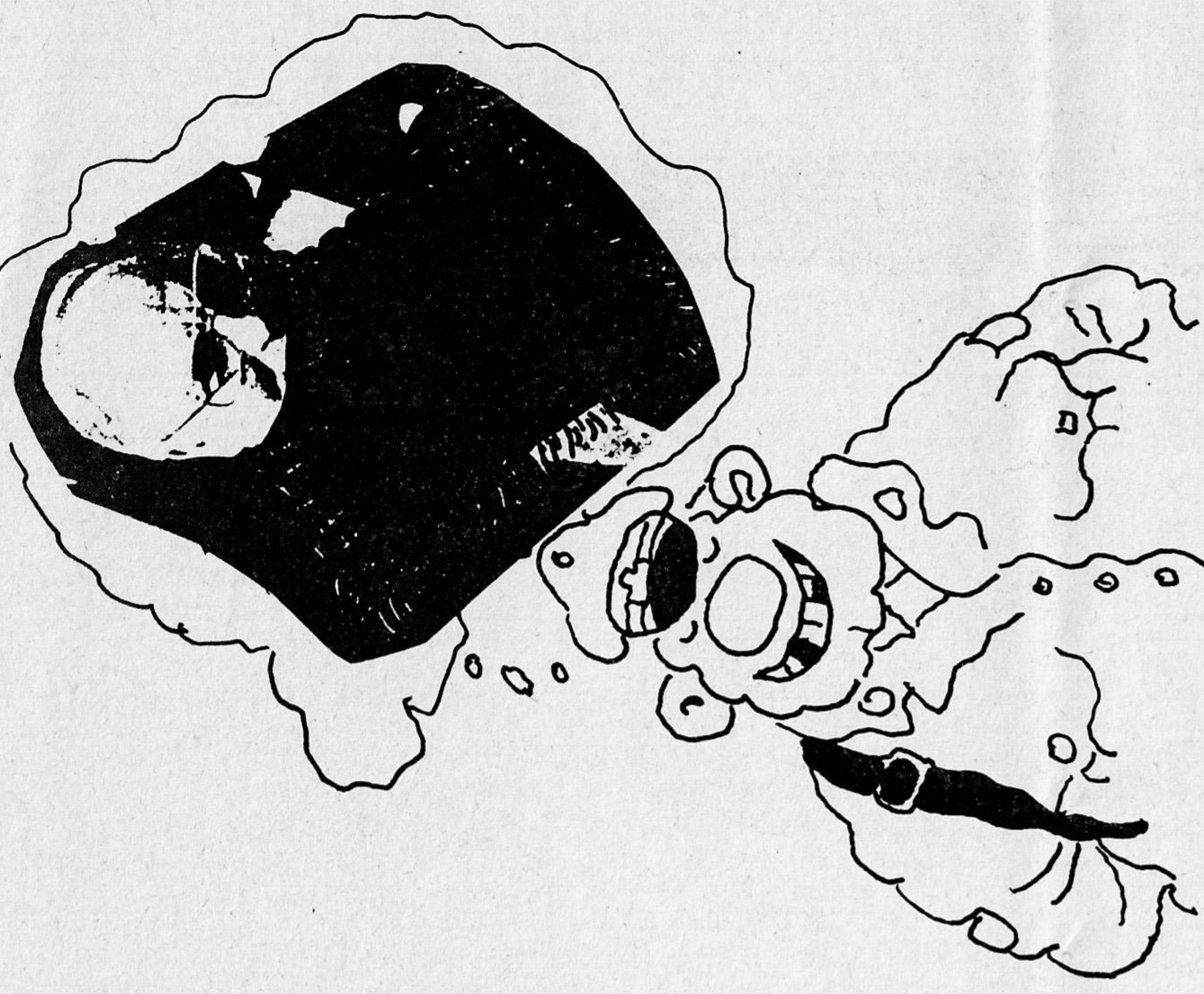
Mit freundlichem Gruß

Die Schwärze Paula

Die Weißhausstraße ist geräumt. Das autonome Zentrum war vier Jahre lang Veranstaltungsort, Infostelle und Treffpunkt für autonome Linke in Köln. Verantwortlich für diese Räumung sind STABAG Bau AG (Berlin 42/Besemerstr.42 A) und die Allianz, die gemeinsam auf dem Weißhausgelände ein Einkaufszentrum hochziehen wollen.

Als Reaktion auf diesen erneuten Angriff auf unsere Lebensräume haben wir zwei Allianzbüros in der Beusselstr. und in der Akazienstr. mit Parolen besprüht, auf Durchzug geschaltet und dem Ganzen mit viel, viel Buttersäure Nachdruck verliehen!

Finger weg von allen besetzten Häusern!
Autonome Zentren durchsetzen!



volxspott

Sie befinden sich hier in einer Kunst-Ausstellung.

Alles, was sich im Rahmen dieser Ausstellung ereignet, ist künstlich, ist reine Fiktion.

Die Bilder, die Sie sehen, sind eine täuschend ähnliche Reproduktion der Wirklichkeit.

Die Personen, die Sie sehen, kommen aus einem Film, der Ihnen bereits bekannt ist. Die Polizei spielt die Rolle der Polizei, und Sie spielen die Rolle des Ausstellungsbesuchers, bzw. der Ausstellungsbesucherin. Das Haus spielt die Rolle des leerstehenden, zu besetzenden Hauses. Seine Bewohner wurden vor Monaten entmietet, um dieses Haus durch Bauzerstörungstruppen in unbewohnbaren Zustand zu versetzen, damit diese Kunst-Aktion heute in authentischem Rahmen stattfinden kann. Die Presse spielt die Rolle der Presse. Die Besetzer spielen die Rolle der Besetzer. Es wurde alles genau einstudiert, geprobt bis ins kleinste Detail. Alle Personen handeln nach Anweisung von oben.

Es wird Ihnen nicht gelingen, den Film in Ihrem Kopf abzustellen.

DIE INSZENIERUNG LÄUFT...

Diese Ausstellung ist eine Besetzung. Diese Besetzung ist Kunst. Alle anwesenden Personen befinden sich in einem Kunstraum. In Kunsträumen gelten eigene Gesetze.

Diese Besetzung sieht nur aus wie eine Neubesetzung. In Wirklichkeit ist diese Aktion vollkommen unpolitisch, weil sie sich als Kunstwerk erklärt. Kunst ist nicht ernstzunehmen. Also ist auch diese Besetzung nicht ernstzunehmen.

Wir bieten Ihnen mit dieser Ausstellung Unterhaltung erster Klasse.

Sie brauchen keine Bedenken haben, sich in verbotenes Territorium zu begeben, da Sie sich im Schutzmantel der Kunst befinden. Sie werden den Eindruck der Staatsgewalt auf Ihrer Netzhaut verspüren, aufregender als im Kino, eindringlicher wie im Fernsehen, direkter als im Radio.

GENIEßEN SIE DAS ABENTEUER EINER NEUBESETZUNG. EINES DER LETZTEN ABENTEUER UNSERER GESELLSCHAFT. TRETEN SIE EIN!

Heute Samstag 11.00 Uhr





VOLKSPURZ &

"Lasen wir schwarze Zeiten anbrechen für die Bonzen, HERRschenden Hausbesitzer, Makler und anderes Pack, für ihre Knechte und Büttel in Justiz und Bullenapparat, in den Ämtern, Knästen Schulen und wo sie sonst noch sitzen".

Heute haben wir bei

dem Pressesprecher des Haus-und Grundeigentümerverbandes Peter Uhlenbroock die Scheiben eingeschmissen, seine Einrichtung mit Farbe und Buttersäure beschädigt und zerstört, sowie für alle sichtbar sein Haus von außen mit Farbe Gekennzeichnet.

Wir haben Peter Uhlenbroock mit dieser Aktion für sein widerwärtiges Handeln und seine Aussagen im Rahmen seiner Funktion als Pressesprecher der Haus-und Grundeigentümer zur Rechenschaft gezogen und warnen ihn hiermit ausdrücklich, diese Arbeit forzuführen. Das nächste Mal wird er nicht so billig davonkommen.

Stellvertretend für den Verband der Haus-und Grundeigentümer gab Peter Uhlenbroock folgende menschenverachtende Äußerungen auf Pressekonferenzen und dergleichen ab:

- "die Versorgung mit Wohnungen in Hamburg war noch nie so gut wie heute".
- "Wohnungsnot gibt es in Hamburg nicht".
- "die vorübergehende Wohnungsknappheit ist begründet im Zustrom von Aussiedlern und Asylbewerbern sowie im unflexiblen Mietrecht."
- "wir begrüßen eine Steigerung der Mieten im modernisierten Altbaubereich, weil sich damit Investitionen für den Vermieter wieder lohnen".
- von Mietwucher kann in Hamburg keine Rede sein, die Mehrzahl der Vermieter nimmt nur die reine Kostenmiete".

Diese Aussagen sprechen eine klare Sprache und machen den Charakter des Haus und Grundeigentümerverbandes deutlich, der in jeglicher Hinsicht die Interessen der Hamburger Hausbesitzer vertritt.

So versucht er die sogenannte öffentliche Meinung zu manipulieren. Offensiv versucht der Verband mit faschistoiden Äußerungen wohnungssuchende Deutsche rassistisch gegen AusländerInnen aufzuhetzen.

Weiterhin versucht er die ohnehin minimalen Rechte der Mieter-Innen noch weiter einzuschränken sowie die Machtposition der Hauseigentümer auszudehnen.

Ihre niederträchtige, höhnische, zynische Propaganda trifft die betroffenen Menschen wie ein Tritt ins Gesicht, wenn sie/er sich die Situation vor Augen führt.

Heute ist nicht alle Tage, wir kommen wieder- keine Frage

- der Morgenröte entgegen
- organisieren wir uns und greifen unaufhörlich an
- Hafenstraße und Rote Flora durchsetzen -keine Randbebauung an der Juliusstraße
- Solidarität mit der Mainzerstraße
- Den Widerstand in den Wohnvierteln organisieren

Bei Staatsanwaltschaft und SPD klirrten Scheiben

* Volxbuzz *

Anschlag der Dunkelmänner



erklärung

Wir haben in der Nacht vom 4.12. auf den 5.12.90 koordinierte Angriffe gegen das Göttinger Lageblatt/Weender Str.; gegen das SPD-Büro im Maschmühlenweg und gegen die Staatsanwaltschaft in der Reitstallstr. durchgeführt.

Wir ditschten mehrere Fenster ein, sprühten Parolen und verspritzten Altöl. Die Angriffe mit Feuer durchzuführen kam bei allen Objekten wegen nicht auszuschließender Gefährdung Unbeteiligter nicht in Frage.

Alle drie Ziele stehen direkt, bzw. symbolisch für die politische Linie herrschender Kräfte seit über einem Jahr im Zusammenhang mit dem politischen Mord an Conny am 17.11.89 in Göttingen. Eine politische Linie, die darin besteht zu lügen, zu vertuschen und zu decken!

Ausschlaggebend für die Angriffe zu diesen Zeitpunkt ist nicht etwa die Weihnachtszeit, sondern a. die politische Ignoranz, der Zynismus und die Lügen, sowie Verdrehungen im Zusammenhang mit Connys Tod seit über einem Jahr. Seitens der Verantwortlichen wurde damit weiter signalisiert, daß auch zukünftig Tote im Kalkül ihres Handelns liegen.

Zum Göttinger Lageblatt

Wir ließen mehrere Scheinen zu Bruch gehen.

Im Göttinger Lageblatt steckt "Ioleranz", im Göttinger Tageblatt steckt "Vielfalt", so kotzt es von riesigen Werbetafeln runter. Die Tradition der Ignoranz und Einfalt wird schon mit der Vergangenheit des G.I.'s deutlich. Schon sehr früh war es das Presseorgan der Nazis im 3. Reich. Heute ist es wieder eines der ersten Hetzblätter, die sich als Fürsprecher und aktiver meinungsstanz im Sinne rechter Politik entpuppt. Spätestens seit des Führungswechsels mit HORST STEIN (der bekannt ist für seine guten persönlichen Kontakte bis in faschistischen Organisationen hinein), das GI zum Bullenorgan avanciert.

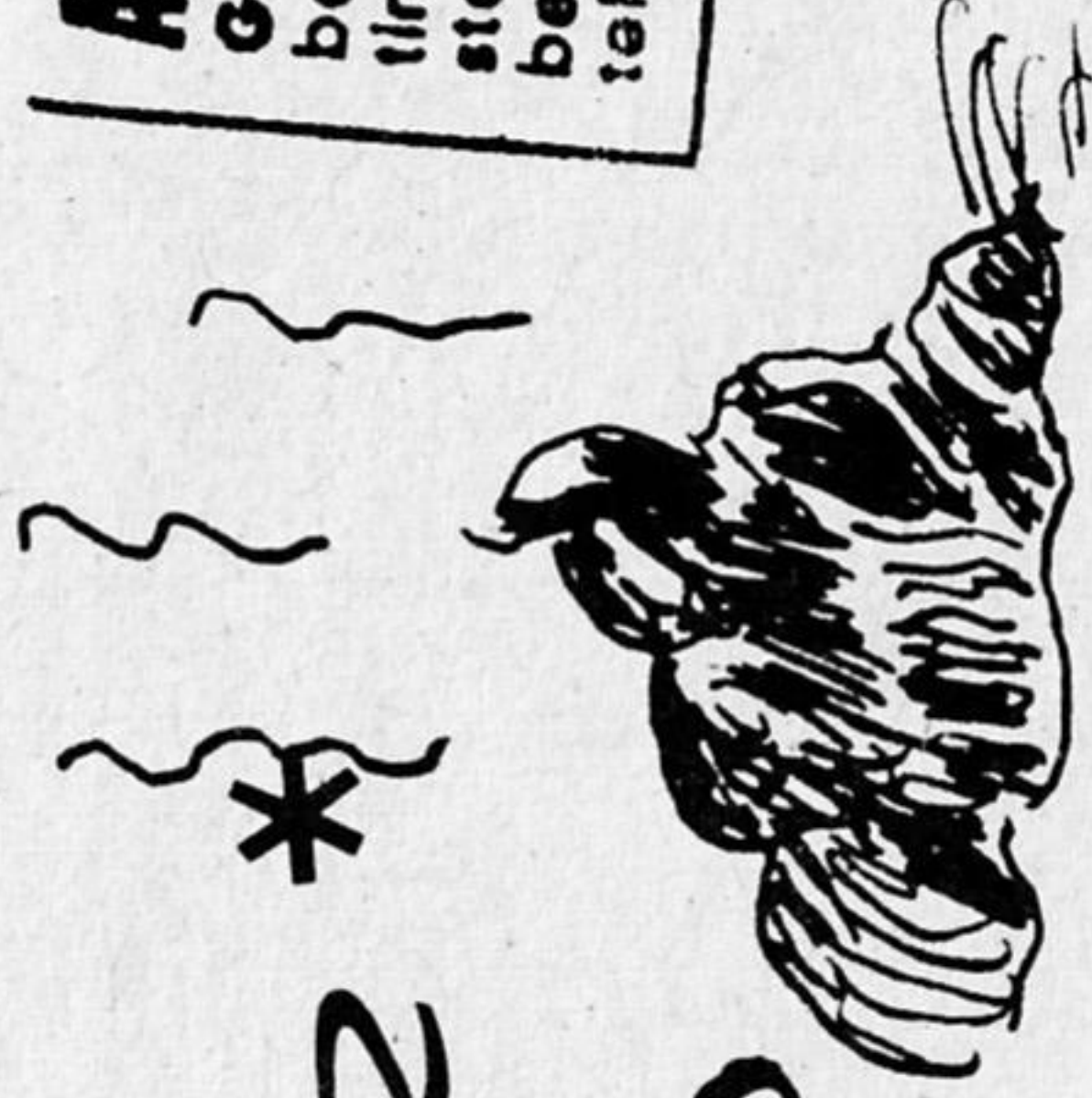
Federführend in der Meinungsmache im politischen Bereich sind ILSE SIEIN (früher Ilse Boppert-Schuhmacher). Diese tun sich immer dann besonders hervor, wenn es darum geht Hetze über autonome, deren Inhalte, sowie das Juzi zu verbreiten, oder aber Bullenpolitik ausführlich breitzutreten. Durch die Monopolisierung des GI vor Ort, hat es, durch die das ganze Jahr über betriebene Politik mit dafür gesorgt, daß das Kalkül der Bullen und parlamentarischen Rückendecker aufging, und als die "Wahrheit" verkauft wurde; Medien sind tragende Teile des Systems. Das GI bzw. die Verantwortlichen Redakteure hetzen, lügen, verdrehen, zensieren und diffamieren bewußt. Sabotiert das Schweißblatt!

Zur SPD

Bevor wir die Scheiben zertrümmerten um freien Flug für das Altöl zum Inneren des Büros zu gewährleisten, mußten wir erst sicher gehen, daß wir nicht gestört werden. Wir mußten den Herrn Nachtwächter der Stadtwerke des Nachbargeländes kurzzeitig seiner Freiheit berauben und ihn auf dem Grundstück zwangsverweilen lassen, indem wir mit Fahrradschlössern die Grundstückstore verschlossen (p.s. die Kombination war 571, sorry). Erstmal grundsätzlich: Bis auf ein paar anständige Menschen, die versuchen Basisarbeit zu leisten, trät und stützt die Mehrheit der SPD Göttingen die typische SPD Politik, die auch in Göttingen zur Vertuschung, Verdrehung und der Legitimierung der Sauereien im Zusammenhang mit Connys Tod passiert

Anschlag auf SPD-Büro

Göttingen - Vier Vermummte haben einen Anschlag auf das Göttinger SPD-Büro verübt. Mit Pfeilen, Schleudern und Schießpulver in die Räume. - 5.12.90



sind und weiterhin passieren werden. Bei anständigen Leute werden auch jene sein, die verstehen, warum wir zugeschlagen haben.

Ein paar Beispiele werden schnell verdeutlichen, daß in verantwortlichen

Positionen SPD-Schweine sitzen.

Der niedersächsische Innenminister GLOGOWSKI, schon letztes Jahr ums peilichste bemüht zu lügen (Falschinformationen an den Landtag) und zu vertuschen (keine Auskünfte über polizeiliche Einsatzstrategie an die Grünen im Landtag), so auch dieses Jahr in vorderster Linie, als es ums herbeireden von "Bürgerkriegsszenarien" ging. Polizeichef LOIHAR WILL, bewährter Aufstandsbekehrungsstrategie aus Gorleben, definierte letztes Jahr im Fernsehen (rtl-Spiegel-IV) deutlich das "Plattmachen" als besondere Art der Personalienfeststellung. Mit dieser Definition machte WILL deutlich, daß er auch weiterhin Tote billigend in Kauf nimmt. Hauptverantwortlicher sowohl der

Polizeieinsätze im letzten Jahr der der Demo am 25.11. als auch dieses Jahr am 17.11. Hier hat er Hundertprozentig SPD-Linie, wie wir sie schon seit Jahren aus nordrhein-Westfalen gewohnt sind, bewiesen. Laut inoffiziellen Informationen setzte WILL entgegen der Pressestimmen (3000) über 10.000 Bullen ein, um einen Aufstand nichtmal in den Köpfen aufkommen zu lassen. WILLIBALD ELSNER, SPD Fraktionist im Göttinger Stadtrat, Vorsitzender der GDP (Gewerkschaft der Polizei), bekannt als rechtsaussen mit cholerischen Anfällen. Er war es, der 1986 nach der letzten Scherben demo Schußwaffengebrauch forderte. Er war es, der 88 kurz vor der Mackenrode-Demo als Einsatzleiter kurzfristig beurlaubt werden mußte, weil er die gesamte Demo niederknüppeln wollte. Er war es, der entscheidend dazu beitrug, daß das Antifa-Bündnis 88 (von DGB bis Autonomen) schon Ende 88 zerfiel. Er war und ist es, der immer wieder auf demos als Psycho-Bulle auftaucht und versucht, Einfluß zu nehmen (auf der "nie wieder Deutschland-Demo"), im März, auf der SchülerInnen-Demo, usw.

Unter dem sozialen Mäntelchen agieren diese SPD-Funktionäre schon seit Jahren in reaktionärster/faschistischer Weise. Aber es sind nicht Einzelfälle, die die SPD bestimmen, sondern die SPD-Politik hat System. System im Sinne des Systems. Am offensichtlichsten formt sich die demokratische Maske der SPD zur Fratze, wenn Mensch sich die rassistisch-nationalistischen Vorschläge der SPD zur Bleiberechtsregelung betrachtet. Hier soll in Abgrenzung zur CDU/CSU und den Reps ihre rassistische Variante als Lösung verkauft werden. Sabotiert diese Scheißpartei.

Zur Staatsanwaltschaft

Wir sprühten: Staatsanwaltschaft vertuscht politischen Mord an Conny am 17.11.89, und ließen mehrere Scheiben klirren.

Keine andere staatstragende Einrichtung hat so deutlich während des gesamten Jahres bewiesen, daß sie nicht auf dem rechten Auge blind ist. Nein, sie benutzt beide Augen und schaut sehr genau, was sie tut. Das autonome Antifaschistinnen kriminalisiert werden, sind wir gewohnt, daß im Gegenzug Faschisten mild davon kommen ist mittlerweile auch weithin bekannt. Das aber in so dreister Manier ein wiederholtes Mal in der BRD der Fall eines politischen Mordes, in diesem Der Fall "Cornelia W.", zu den Akten gelegt werden soll, ist einmal mehr ein Schlag in das Gesicht. In Systemkonformer und opportunistischer Weise hat Staatsanwalt HEIMGÄRTNER die Ermittlungen nicht nur verschleppt, sondern letztlich auch eingestellt. Die Staatsan-

Walterschaft deckt und legitimiert damit die Verantwortlichen Zsk und Streifen-bullen in gleicher Weise, wie die Mörder Günter Sares durch das Urteil in Frankfurt reingewaschen wurden.

SCHIEßT DEN STAATSANWÄLTEN IN GUTER TRADITION IN DIE AKTEN!!!

So jetzt will ich nochmal was sagen: Ich bin ein Sägerin, die seit ca. 2 Stunden an diesem Text rumgetippt hat. Getippt habe ich ihn auch nur, weil ich eure Schmiererei nicht lesen konnte, und somit der Rest der RedakteurInnen auch nicht. Ihr seid scheiße und ich bin jetzt gefrustet.

Göttinger Tagblatt
SONNABEND, 8. DEZEMBER 1990
Autonome warfen
die Steine

betr.: ~~9999~~ – Widerstands-Tag

Stellt euch einen Eimer vor, voll mit Scheiße, gammigen Pansen, Hund- und Katzenscheiße, abgeschmeckt mit Buttersäure. Stellt euch dann die dazupassenden grünesichtigen CDU-ler/innen in ihrem stinkenden Büro vor.

Geschehen ist das Ganze am 27. November in der Genter Str. 9 im Wedding. Das ist unser nachgereichter Beitrag zum Internationalen Frauenwiderstandstag gegen Sexismus und Rassismus.

Die CDU führt einen offen rassistischen Wahlkampf und schürt damit die reaktionäre Haltung großer Teile der deutschen Bevölkerung, die sich mittlerweile in tagtäglichen Überfällen v.a. auf "ausländische" Frauen und Männer äußert. Die Lebensbedingungen für eingewanderte Frauen und Männer verschlechtern sich extrem ("Ausländergesetz", Flüchtlingspolitik...) und dabei trifft es die Frauen am härtesten, weil sie als Anhängsel des Ehemannes definiert werden und kein von ihm unabhängiges Aufenthaltsrecht haben.

Die CDU betreibt eine Politik, die sich generell gegen das Selbstbestimmungsrecht von Frauen richtet und alle Formen/Versuche selbstbestimmten Lebens bekämpft (§218 für weiße Frauen, Abtreibungs- und Sterilisationszwang für eingewanderte/farbige Frauen, Zwangsheterosexualität als Norm für alle Frauen)

Nicht daß die SPD besser wäre. La Fontän hat die CDU inzwischen mit seinen Vorschlägen in Sachen Flüchtlingspolitik rechts überholt, und hier in Berlin ist sie als Regierungspartei verantwortlich für die Räumung der besetzten Häuser. Für ihren höchsten Grundsatz: "Der Staat ist nicht erpressbar" gehen sie nicht zum ersten Mal über Leichen.

Ja, und eigentlich wollten wir die SPD gleichzeitig besuchen, aber leider hat das nicht geklappt. Wie wir jedoch sehen und lesen konnten, haben andere die gleiche Idee gehabt.

Solche Aktionen sind relativ leicht und ohne langen organisatorischen Aufwand durchzuführen. Objekte und Gründe dafür gibts genug. Haut den Schweinen die Scheiße, die sie Verzapfen, um die Ohren !

* Weitere Räumungen verhindern ! Neue Häuser besetzen !

* Greift ein bei rassistischen/sexistischen Angriffen !
Frauen bildet Banden – schlägt die Faschisten/Sexisten,
wo ihr sie trifft !

Brechmittelforschungsgruppe der
Arbeitsgemeinschaft für unausste-
hliche weibliche Lebensformen,
Abt. Praxis



DER ERMITTLUNGAUSSCHUSS INFORMIERT:

! ACHTUNG !

Die Ermittlungen wegen eines angeblichen Mordversuchs an einer Bullenfrau am 3. Oktober gehen weiter und werden offensichtlich ausgeweitet.

Bislang hatten wir berichtet, daß an eine Reihe (wenn nicht gar an alle) von Leuten, die irgendwie am 3. Oktober überprüft wurden, Fragebögen von der Mordkommission verschickt wurden. Ein paar wenige Leute wurden sogar als Zeugen vorgeladen. Nun hat das erste mal- Soweit wir davon wissen jemand eine Vorladung als Zeuge erhalten, der am 3. Oktober nicht von Bullen überprüft wurde.

Darüberhinaus haben wir erfahren, daß ein Typ, der in ganz anderem Zusammenhang festgenommen wurde, mehrere Stunden festgehalten wurde, weil er angeblich von einem Bullen nach dem Foto wiedererkannt wurde. Das ganze löste sich dann aber schnell wieder auf, da Ähnlichkeiten nicht bestanden.

Nocheinmal:

Macht keine Aussagen bei den Bullen.

Wenn Ihr eine Vorladung kriegt, meldet Euch beim Ermittlungsaussuß.

Keine Panik!

Zu den Bullen muß niemand gehen!



Hausdurchsuchung in MÜNSTER

Am Mittwoch den 5.12.90 gegen 5.45 uhr fand in der Sophienstr. ein überfallartiger Einsatz in 2 Wohnungen statt. Ausgeführt wurde er vom Bundeskriminalamt, Landeskriminalamt Badenwürttemberg, münsteraner Einsatzhundertschaft und der politischen Polizei Münster.

Mit Vorschlaghammer und Brecheisen, ohne sich vorher bemerkbar zu machen zerstörten sie die Wohnungstüren und stürmten behelmt mit schußsicheren Westen und gezogener Waffe in die einzelnen Zimmer. Durch das Aufbrechen der Wohnungstür wurden wir aufgeschreckt und ehe wir überhaupt die Augen auf hatten, war jede/r von uns mit 4 bis 5 Polizisten konfrontiert, die Waffen auf uns gerichtet. Eine von uns wurde halbnackt aus dem Bett auf den Boden geworfen, ihre Hände auf den Rücken gefesselt und mit dem Stiefel im Nacken festgehalten. Bis sie sich anziehen durfte, wurde ihr eine Decke übergeworfen.

Die Zimmertüren wurden geschlossen. Keine von uns wußte, was mit den anderen passierte. Wir durften uns nicht rühren. Dieser Einsatz wurde von der Einsatzhundertschaft ausgeführt, dann kamen die Herren und Damen in zivil, von denen sich keiner vorstellte. Erst ca. eine Stunde später wurde einer von uns der Durchsuchungsbefehl ohne genauere Begründung gegeben.

Darin hieß es, daß es Ermittlungsverfahren nach § 129a Absatz 3 (Werbung/Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) gegen Unbekannt eingeleitet ist. Sie sei neben 7 anderen aus dem Raum Stuttgart verdächtig, nach § 129a verstoßen zu haben. Um welchen konkreten Vorwurf es sich handelt, erfuhren wir trotz ständigen Nachfragens erst nachmittags durch die Presse. Es hieß: Es bestände die Vermutung, daß Daimler Chef Reuter ausgespäht worden sei. Um diese Vermutung zu stützen, sind in Stuttgart 20, in Hamburg 2, in Konstanz und Münster je 1 Wohnung durchsucht worden. (Zum Schutze eines Multimillionärs werden zig Menschen terrorisiert.)

Obwohl der Durchsuchungsbefehl nur gegen eine Frau gerichtet war, drangen sie ohne jegliche Rechtsgrundlage genauso in die Nachbarswohnung ein. Dort sagten sie auch, daß sie nur zu der anderen Frau gegenüber wollten - gleichzeitig aber filmten und fotografierten sie auch diese ganze Wohnung.

In unserer Wohnung dauerte die Durchsuchung ca. 4 Stunden. Sie durchsuchten alle Räume, obwohl sie rechtlich nur das Zimmer der Frau durchsuchen durften. Unseren Widerspruch gegen ihr illegales Vorgehen ignorierten sie. Küche und Bad durchsuchten sie in den ersten 1 1/2 Stunden ohne unsere Anwesenheit. Ca. eine halbe Stunde tippten sie auf unserer Schreibmaschine, ohne daß wir sehen konnten, was sie darauf tippten. Das Recht auf eine Rechtsanwältin wurde uns 1 Stunde verwehrt. Uns wurde untersagt, die Zimmer und Wohnung zu verlassen oder Besuche ein zulassen. Im und um das Haus waren Polizeikräfte postiert. BewohnerInnen der übrigen Wohnungen des Hauses durften 1 Stunde lang das Haus verlassen (soll wohl heißen "nicht verlassen"? d. s.in) und niemand durfte es betreten.

Bei der Durchsuchung wurden politische Schriften wie Broschüren und 2 politische Erklärungen von militanten Gruppen mitgenommen, außerdem persönliche Notizen, Schnürsenkel, Lederhosenbeinreste, Stadtpläne und Landkarten.

Gegen Ende der Durchsuchung haben sie einen von uns vorläufig festgenommen. Festnahmegrund: ein aufgebauschter Zufallsfund, es ist die Kopie eines Bekennterschreibens. Sie sagen, es ist das Original und so soll gegen ihn ein Verfahren wegen Brandstiftung laufen.

1986 war in Münster ein BÄgger angezündet worden im Zusammenhang mit Wackersdorf und darauf bezog sich das Schreiben. Daß eine Kopie gefunden wurde und nicht das Original - wie behauptet wurde - ist auf den ersten Blick ersichtlich. Trotzdem mußte diese Kopie für eine 4-stündige Festnahme, Vernehmung und erkennungsdienstliche Behandlung herhalten.

Wenn sie sagen, jemand von uns späht für die RAF aus, ist das großer Quatsch, was die RAF macht, macht sie allein. Das war auch schon nachzulesen in

der zeitung in einer Erklärung der RAF. Wenn das jemand wollte, wäre er oder sie bei ihnen in der Illegalität und nicht hier.

Wir sind seit Jahren politisch aktiv. Unsere Lebenerfahrungen hier haben uns gelehrt, daß wir uns auseinandersetzen müssen und wollen, daß wir unsere Augen nicht verschließen vor der Ungerechtigkeit.

So nehmen wir die Folter durch Isolation in den Hochsicherheitstrakten nicht hin und arbeiten deshalb hier in Münster mit in dem Informationsbüro für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen.

Und so haben wir uns zuletzt eingesetzt für die Notunterkünfte für ausländische Studierende an der Steinfurterstr....

Wir wehren uns gegen die Wohnraumzerstörungspolitik der Stadt und sind solidarisch mit den ehemaligen BesetzerInnen der Lindenwirtin in der Engelstr...

Wir versuchen selbstbestimmte Zusammenhänge zu leben und zu erkämpfen gegen die Vorherrschaft von - wert sein -, - Geld haben -, - Macht haben - .

Wir erfahren Kraft und Mut in einem miteinander und auch jetzt nach der Durchsuchung in der großen Solidarität vieler Menschen mit uns.

SCHLUSS MIT DEN ANGRIFFEN AUF DIE PROZESSÖFFENTLICHKEIT!

ende november beginnt vor einem schöffengericht des amtsgerichts stuttgart/bad canstatt ein verfahren gegen fünf prozeßbesucherInnen, dessen vorgeschichte nun schon zwei jahre zurückliegt. sie basiert auf drei ereignissen im herbst 88, die sich alle in und um stammheim, während dem prozeß gegen rico und andrea abgespielt hatten. (rico prauss und andrea sievering, zwei genossInnen aus dem anti-imperialistischen widerstand, sind mittlerweile wegen "zweiwöchiger mitgliedschaft in der raf" und angeblicher beteiligung an einem militanten angriff gegen den luft- und raumfahrtkonzern dornier 1986 zu je 9 jahren knast verurteilt worden.)

STUTTGARTER NACHRICHTEN 27.11.90

Verfahren vor dem Amtsgericht gegen fünf Besucher eines Stammheimer Terroristenprozesses

Vorwurf der Gefangenenbefreiung

Angeklagte sehen sich von der Staatsanwaltschaft als RAF-Sympathisanten kriminalisiert

Von unserem Redaktionsmitglied Klaus Eichmüller

Der Zwischenruf eines Zuschauers bei einem Terroristenprozeß vor zwei Jahren in Stammheim war der eigentliche Auslöser für das Verfahren, das seit gestern vor dem Amtsgericht Bad Cannstatt läuft. Die Vorgeschichte: Am 19. September 1988 beginnt der Prozeß gegen die inzwischen wegen eines Bombenanschlags auf das Luftfahrtunternehmen Dornier verurteilten Enrico Preuss und Andrea Sievering. Dabei belegt der Gerichtsvorsitzende einen Zwischenrufer, der die Zusammenlegung der Gefangenen fordert, mit einer Ordnungshaft. Als Vollzugsbeamte die Personalien des Störers feststellen wollen, kommt es im Gerichtssaal zu einer Rangelei mit mehreren Prozeßbesuchern. Wochen später entwickeln sich am 10. und 29. November im selben Terroristenprozeß erneut zwischen Beamten und Prozeßbesuchern Rangeleien im Gerichtssaal und vor der Vollzugsanstalt Stammheim.

Gestern begann vor dem Amtsgericht in Bad Cannstatt das Nachspiel zu den Vorgängen vom Herbst 1988. Dabei wirft die Staatsanwaltschaft Stuttgart den fünf Angeklagten nicht nur Widerstand gegen Vollzugsbeamte und Körperverletzung vor. Da am 19. September 1988 bei der Rangelei auch der Gerichtssaal geräumt wurde, konnte der Zwischenrufer, der bis heute unbekannt ist, verschwinden. Der Vorwurf des Staatsanwalts lautet deshalb auch auf Gefangenenbefreiung.

Die Angeklagten – vier Männer und eine Frau im Alter zwischen 25 und 32 Jahren – stammen aus Freiburg, Stuttgart und Düsseldorf. Als Berufe geben sie an: Sozialhilfsempfänger, Arbeitsloser, Student, Jobberin. Für die Beschuldigten ist der Vorwurf der Staatsanwaltschaft aus der Luft gegriffen. „Prozeßbesucher bei Terroristenverfahren werden immer mit Sympathisanten gleichgesetzt“, sagt ein Angeklagter.

Dabei erinnert vieles in Bad Cannstatt an Stammheimer Verhältnisse. In der Badstraße vor dem Amtsgericht patrouillieren Mannschaftswagen der Polizei. Vor dem Gerichtssaal protestieren rund 40 Prozeßbesucher gegen die Einlaßkontrolle und die Registrierung der Personalien. „Der Stasi sitzt hier“, ist zu hören, „wir fordern die Herstellung der Öffentlichkeit.“

Im Gerichtssaal beantragt die Verteidigung die Aufhebung der Personenkontrollen. Erst als das Schöffengericht zusichert, daß bei der Feststellung der Personalien keine Kopien der Ausweispapiere hergestellt und die handschriftlichen Aufzeichnungen der Besucherdaten nach der Verhandlung vernichtet werden, füllt sich der Gerichtssaal mit Gästen. Im Laufe der Verhandlung lehnt das Gericht die Anträge der Anwälte ab, sie den Angeklagten als Pflichtverteidiger beizuordnen. Der Prozeß wird am 3. Dezember fortgesetzt.

prozesse

► Schluß mit den Angriffen auf die Prozeßöffentlichkeit!!! Wegen Vorfällen beim Verfahren gegen Rico + Andrea (Herbst 88) sollen jetzt Nico und Kerstin aus Düsseldorf, Tommi aus Stuttgart und Sigi und Cello aus Freiburg wegen Körperverletzung, Gefangenenbefreiung und Widerstand verurteilt werden. Der Staatsschutz will uns aus den 129a-Prozessen weghaben und jede Diskussion um revolutionäre Politik/Prozeß ersticken. Amtsgericht Bad Cannstatt (Stuttgart), Badstr. 23, Mo 26.11./3.12.1990 17-19 Uhr 71. + 72. / Mi 2.1.91 jeweils 8.30 Uhr (pünktlich wegen Einlaßkontrollen). Das ganze wird schwarzgemauert. Spenden – Spenden! Ko. der bunten Hilfe Stgt., Stchw. „Cannstatt“, Postfach Stgt. Bz. 600 100 70 Ko. Nr. 372 42-702



Stuttgarter Zeitung
27.11.90

Amtsgerichtsverhandlung zum „Terroristenprozeß“ hochstilisiert

Wird aus Bad Cannstatt ein „Klein-Stammheim“?

Von Prozeßbesuchern zu Angeklagten sind vier junge Männer und eine Frau geworden. Seit gestern sind die fünf wegen Körperverletzung von Justizbeamten, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Gefangenenbefreiung vor dem Schöffengericht des Amtsgerichtes in Bad Cannstatt angeklagt.

Es ist kein „normaler“ Prozeß, der da begonnen hat, das zeigt sich schon an dem großen Polizeiaufgebot, das die Prozeßbesucher empfängt. Das zeigt sich daran, daß vor dem Gerichtssaal ein großer Andrang junger Menschen herrscht, die den Prozeß beobachten wollen – allerdings nicht zu der vom Gericht verfügbaren Bedingung der Feststellung der Personalien. Für eine „normale“ Verhandlung wegen Körperverletzung eine absolut unübliche Verfügung.

Daß dies kein normaler Prozeß ist, zeigt sich auch daran, daß er nicht wie üblich mit der Anklageverlesung des Staatsanwaltes, sondern reichlich verspätet mit Anträgen der Verteidiger begonnen hat. Sie sehen, durch die Ausweiskontrolle den Grundsatz der Öffentlichkeit verletzt, die jungen Leute draußen befürchteten mit Recht, ihre Daten würden gespeichert, und

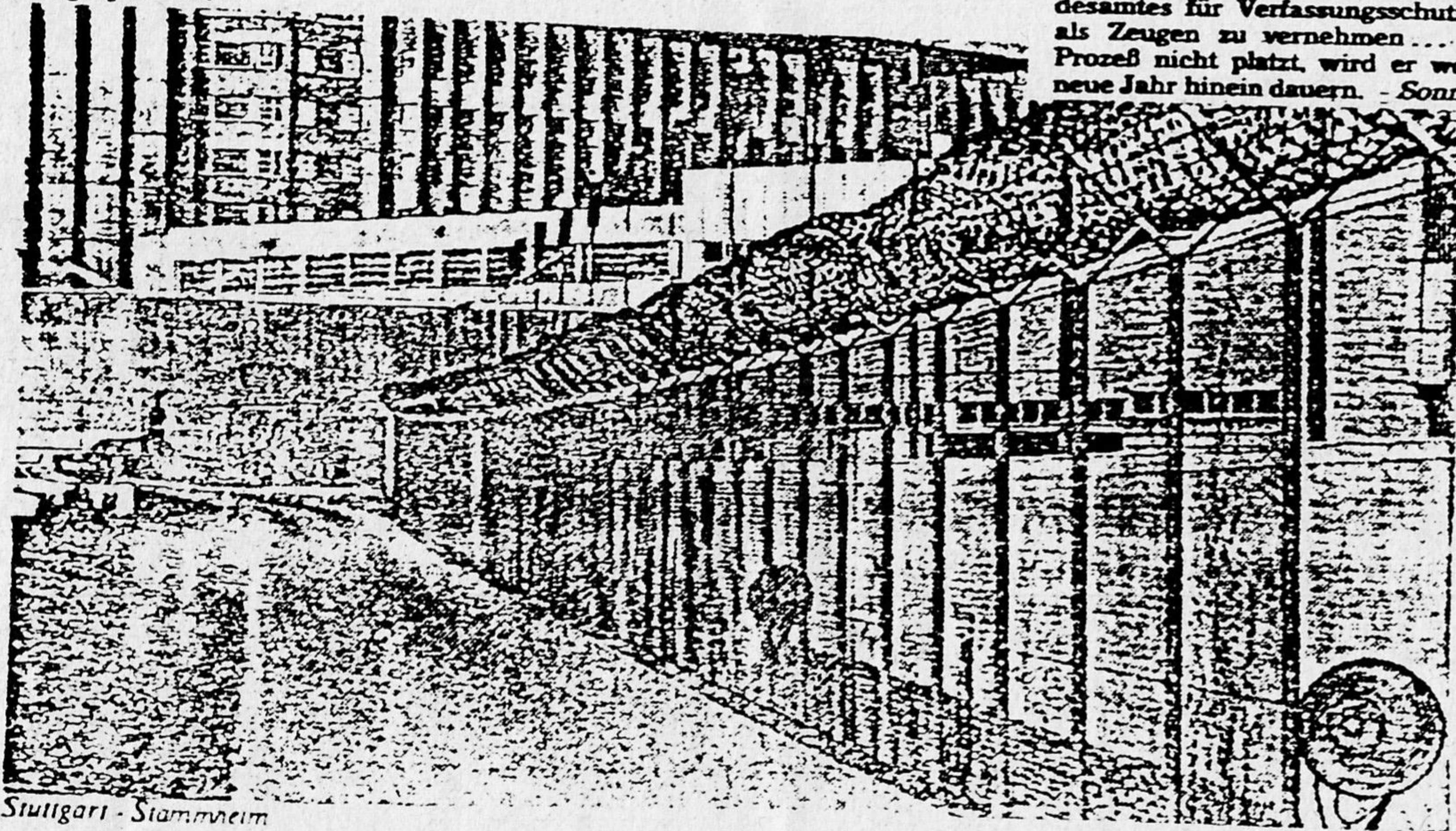
der Besuch dieses Prozesses könnte irgendwann einmal gegen sie verwendet werden. Der Staatsanwalt tritt dem entgegen, so folgt Antrag auf Gegenrede und Gegenrede auf Antrag. Die Fronten sind klar und schon sind die Weichen dafür gestellt, daß aus einer ganz normalen Amtsgerichtsverhandlung fast so etwas wie ein „Terroristenprozeß“ – daß aus Bad Cannstatt „Klein-Stammheim“ wird.

Dort in Stammheim, im Mehrzweckgebäude der Justizvollzugsanstalt hat die Geschichte dieses Prozesses am 15. September 1988 begonnen. Die fünf jetzigen Angeklagten besuchten damals einen Prozeß, in dem sich zwei Personen wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verantworten mußten. Nach einem Zwischenruf eines Prozeßbeobachters, der dann aus dem Saal entfernt werden sollte, gab es „Zoff“ zwischen einigen Prozeßbesuchern und Justizwachtmeistern – und es gab Verletzte. Dem Störer indes gelang unerkannt die Flucht.

Arger gab es in selbigem Verfahren auch einen knappen Monat später, nachdem zwei Prozeßbesucherinnen wegen „provokativen Schlafens“ drei Tage Ordnungshaft aufgebrummt bekommen hatten, und zuletzt am 29. November, als Beamte einige Prozeßbesucher „erkennungsdienstlich behandeln“ wollten.

Einer der Beamten soll die nun fünf Angeklagten als Körperverletzer und Widerständler und jene Menschen wiedererkannt haben, die dem unerkannt gebliebenen Störer zur Flucht verholfen hatten – der Anzeige folgte die Anklage. Zwar haben auch Prozeßbesucher Beamte wegen Körperverletzung angezeigt, doch diese Ermittlungen wurden eingestellt.

Daß dieser Prozeß vor dem Cannstatter Amtsgericht kein „normaler“ Prozeß ist, das zeigt sich auch darin, wie er weitergehen wird: fünf Verhandlungstage – der nächste am Montag – sind schon fest geplant, zwei weitere zur Reserve vorgesehen. 15 Polizei- und Justizbeamte sind zunächst als Zeugen geladen, doch die Verteidiger beantragten bereits, den Generalbundesanwalt und den Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz ebenfalls als Zeugen zu vernehmen... Wenn der Prozeß nicht platzt, wird er wohl bis ins neue Jahr hinein dauern. – Sonnhild Maier



FÜR EINE FREIE POLITISCHE INFORMATION UND KOMMUNIKATION!

jede möglichkeit müssen wir verteidigen und uns zusammen überlegen, wie wir hier endlich die zusammenlegung der gefangenen erkämpfen, die wir brauchen um eine wirkliche, politische auseinandersetzung zu führen, einen politischen prozeß zu forcieren und die gefangenen endlich rauskommen.

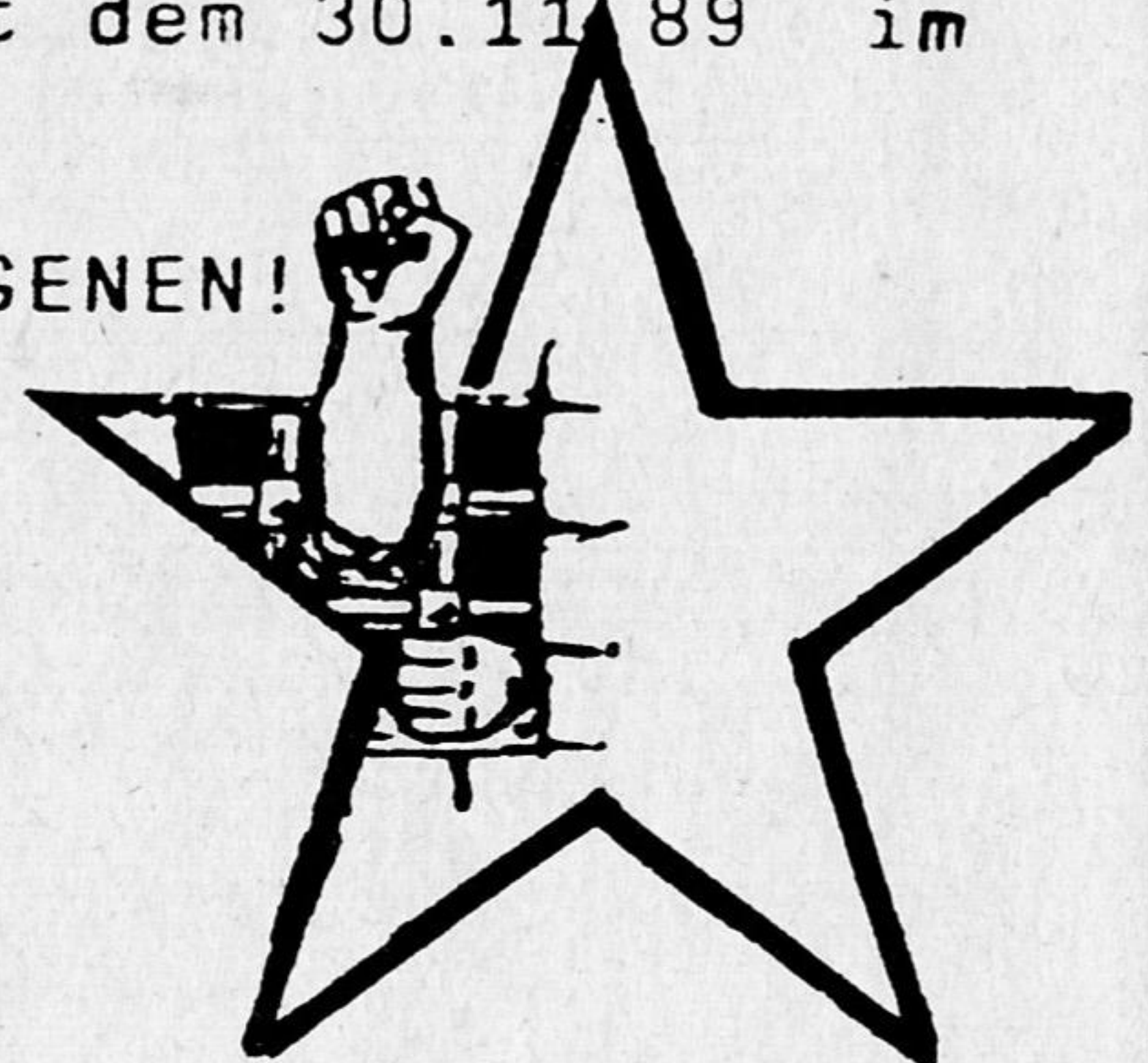
solidarische grüße an alle politischen und kämpfenden gefangenen weltweit, besonders an die spanischen gefangenen, die seit dem 30.11.89 im hungerstreik für ihre wiederzusammenlegung sind.

ZUSAMMENLEGUNG ALLER POLITISCHEN UND KÄMPFENDEN GEFANGENEN!

SOFORTIGE FREILASSUNG ALLER HAFTUNFÄHIGEN GEFANGENEN!

LUITI MUB RAUS!!!

24



VOM BERUFUNGSPROZESS GEGEN WOLLE

am dienstag letzter woche (11.12.) gab's am landgericht moabit wieder mal einen richtig guten politischen prozeß (auch wenn's vom ergebnis her vielleicht nicht grad das tollste ist).

wolle ist gefangener in tegel (haus 3) und war angeklagt, den teilanstaltsleiter müller (haus 3) und die gruppenleiter wolf + trötsche (auch haus 3) beleidigt zu haben, weil wolle im okt.'89 in einem aufruf der autonomen selbsthilfegruppe für in- und ausländische gefangene diese typen "faschistischer methoden" bezichtigt hatte. sie hatten strafantrag gestellt, wolle wurde in 1. instanz wg. beleidigung verurteilt und war dagegen in berufung gegangen. wolle gab im prozeß an, der 'kopf' der selbsthilfegruppe zu sein, was natürlich ein fehler war, weil damit alles auf sein konto ging; aber gut - die richterin (ganz auf die verständnisvolle tour: "herr r. sehen sie doch ein, daß wenn sie noch bis zum jahr 2001 in tegel sind und sie mit den herren müller, wolf und trötsche zusammenleben müssen, es besser ist, wenn es zwischen ihnen nicht solche hässlichen äußerungen gibt...") sie ließ wolle also reden, und wolle war gut drauf am dienstag: er läßt nicht locker, berichtet und zählt auf, welche schweinnereien die schließer mit den gefangenen in tegel durchziehen und daß müller und die beiden anderen das zu verantworten hätten, sagt, daß ihm die prozeßunterlagen geklaut wurden, daß ihm die schreibmaschine demoliert wurde und versucht, der richterin verständlich zu machen, daß gerade sie jetzt die erste sei, die ihm mal zuhöre und daß sonst jeder kritik im knast direkt ne sanktion (anmache, prügel, arrest oder bunker) folge - und frau richterin lächelt, nickt mit ihrem kopf, scheint ihm zuzustimmen und hat von knastrealität offensichtlich so viel ahnung wie von der raumfahrt.

irgendwann unterbricht sie ihn dann auch, denn schließlich gehe es hier ja um den vorwurf der beleidigung und nicht um die feststellung, ob in tegel faschistische methoden angewendet würden. und, als hätt' er es nicht verstanden, meldet sich der staatsanwalt zu wort und will wolle belehren, daß ein faschistischer staat einer sei, dessen politik zielgerichtet auf den tot der gefangenen hinausläuft und das zu behaupten, hier in w-berlin, sei beleidigend und an der realität vorbei. für wolle war's allerdings nicht allzu schwer, zu kontern. wolle sagt: er habe bilder aus den KZ's gesehen, wo menschen geschunden wurden, wo menschen geschlgen, getreten, und gequält wurden und für ihn mache es keinen unterschied, ob ein gefangener in tegel in den rücken getreten wird oder ob das im faschismus passiert ist - fußtritt in den rücken, tagelanges wegsperren im 'hundezwinger', allein mit sich - was ist daran anders.. als im faschismus?! - (können richterin und staatsanwalt natürlich nicht verstehn: stunde null, demokratische rechtstaatliche brd im kopf - da kommt kein noch so einfacher vergleich ran). frau richterin hakt dann auch ein, versucht nochmal die thematisierung der haftbedingungen aus dem prozeß herauszudrücken, sagt, es gehe hier nur um die beleidigung, fragt, ob wolle das denn nicht verstehen könne und kommt dann mit ihrem 'angebot' rüber: wolle soll die behauptung der faschistischen methoden zurücknehmen und sich entschuldigen - im 'gegenzug' würde sie, wenn alle anderen zustimmen, das verfahren einstellen! "damit würden dann wieder (?) die voraussetzungen für ein gemeinsames miteinander in tegel geschaffen." (kotz) wolle hat sich bisher total gut geschlagen und es geschafft, die haftbedingungen im tegeler knast zu thematisieren - aber jetzt, nach mehr als zwei stunden kritik an seiner haltung und fertigmachen, jetzt nach diesem 'angebot' signalisiert wolle, einlenken zu wollen; sein anwalt respektiert ihn, hakt nicht ein, fordert keine unterbrechung der sitzung - o.k. - aber was dann folgt, scheint ziemlich widerlich zu werden: müller, wolf und trötsche werden einer nach dem anderen reingerufen und gefragt, ob sie mit der einstellung des verfahrens einverstanden wären.

zuerst müller: ja, er sei durch wolles äußerung beleidigt. nein, es habe seinem ansehen in tegel nicht geschadet (war wohl eh nix mehr zu versauen). ja, mit ner entschuldigung wär' er zufrieden. und nu muß wolle sich entschuldigen: wolle sagt, er habe das mit den faschistischen methoden nicht so gemeint und entschuldige sich. (bau, der ekel kriecht einem in die knochen - aber es läßt sich aushalten, wenn ich an die stunden vorher denke)

dann wolf: dieselben fragen, dieselben sprüche und wolle muß wieder auf die knie. ja, er habe scheiße geredet und entschuldige sich (aber wolle nuschelt, redet nicht deutlich, ist kaum zu verstehn, bleibt auch sitzen, obwohl er bei seinen aussagen immer aufgestanden ist, um besser gehört zu werden)

dann trötsche: als wolle sich entschuldigen will und das auch tut, fügt er noch hinzu, daß er auch bereit wär', das zu veröffentlichen! weiß der teufel, warum er das gesagt hat - aber gut, ist halt passiert. trötsche springt an, findet den gedanken gut, die entschuldigung öffentlich zu machen, fordert nun einen öffentlichen aushang in der anstalt. es sieht nach mehr als einem kniefall aus; aber so langsam schnallen wir, daß selbst da drin noch ne chance für wolle liegen könnte. und wolle sagt: o.k., den aushang mach ich, aber dann muß neben der entschuldigung der aufruf vom okt. '89 hängen, "denn sonst versteht das ja keiner der gefangenen!!" (super!) richterin schäumt, staatsanwalt prustet: das darf doch nicht wahr sein! trötsche entgeistert: das ist ja wohl das letzte, der will mich doch schon wieder beleidigen, was soll das? (bei uns, hinten, scheinen einige kurz vor dem platzen)

richterin meint, wenn der anwalt mit wolle reden, ihm erklären würde, dann ... also unterbrechung der sitzung, pause... anwalt setzt sich mit wolle zusammen, machen nen schrieb fertig für den aushang ... die sitzung geht weiter. richterin fragt, ob wolle jetzt klar habe, was er will, und wolle ließt die erklärung vor, die er in den aushang hängen will: "ich entschuldige mich für meine äußerungen in dem aufruf der selbsthilfegruppe vom 6.10. '89." wunderbar! staatsanwalt ist zufrieden, richterin ist zufrieden überhaupt scheint alles nun o.k. zu sein - bis auf trötsche, dem das ganze auf einmal irgendwie doch zu mager ist: "da weiß ja keiner, worum es da eigentlich geht. was heißt denn das: ich entschuldige mich für meine äußerungen in dem aufruf...wer, bitte schön, könne damit was anfangen, ein jahr, nachdem die beleidigung gelaufen ist? er fordert, daß da mehr veröffentlicht wird: wolle soll sich bei müller, wolf und ihm wegen vorwurf faschistischer methoden entschuldigen!" also das müsse wenigstens dazu." richterin irritiert, "na gut - also herr r. würden sie das noch dazu schreiben". wolle zurück: "wieso jetzt das?" "weil sonst niemand wisse, worauf sich die entschuldigung bezieht," sagt frau richterin. wolle feixt: na, aber das hab' ich doch die ganze zeit gesagt, daß ich meine erklärung danebenhängen will, weil sonst niemand das versteht." (da hat er sie dann doch) allgemeine irritation. richterin rettet da raus, in dem sie trötsche fragt, ob ihm die zwei zeilen (entschuldigung und nennung der namen der betroffenen) genügen würden und als trötsche "ja" sagt, diktiert frau richterin die sätze ins protokoll. anschließend fragt sie alle beteiligten, schöffin links, schöffe rechts staatsanwalt, rechtsanwalt, ob das jetzt so o.k. sei, und alle sagen "ja" - und sie herr r., "ist das auch für sie annehmbar?" wolle zögert: "na ja, das mit der erklärung sei ja schon in ordnung - aber das andere, ruft er offen, daß trötsche für schläge und mißhandlungen verantwortlich sei, halt' er aufrecht!!" richterin schlägt die hände vor's gesicht. trötsche völlig entgeistert. der staatsanwalt fassungslos - nur wolle grinst in die runde! der ganze deal steht kurz vor dem platzen. richterin rafft sich nochmal auf: "herr r., jetzt ganz klipp und klar; entschuldigen sie sich bei herrn trötsche wegen des vorwurf faschistischer methoden - ja oder nein!?" wolle: "na ja, ich entschuldige mich ja, aber das hab' ich doch schon gesagt, oder?" (unser grinsen hinten muß meilenweit zu sehn gewesen sein)

richterin beruhigt trötsche, staatsanwalt scheint's mittlerweile aufgegeben zu haben, - der eindruck, daß wolle aus der vorführung vor dem 'hohen gericht' eine aufführung des kommodienstadels gemacht hat, ist einfach zu offen!

am ende dann, nach drei-einhalb stunden, der ausgehandelte beschluß: einstellung des verfahrens gegen entschuldigung auf kosten der landeskasse - ziemlich billige öffentlichkeitsarbeit (waren aber leider nur vier leute im zuhörerinnensaal).

tja, wolle hat sich also für die zukunft 'verpflichtet', einen gemäßigeren ton anzuschlagen - ob ihm das gelingen wird? in der verhandlung jedenfalls wurde des öfteren von einer zeitschrift 'interim' geredet, vor allem, was die nummer 101 (4.mai) angeht: dort hat die autonome selbsthilfegruppe für in- und ausländische gefangene in tegel wieder mal was veröffentlicht - und schon wieder interessiert sich die staatsanwaltschaft dafür ...

Knastrevolte in bundesdeutschen Knästen - hier Knast Geldern!

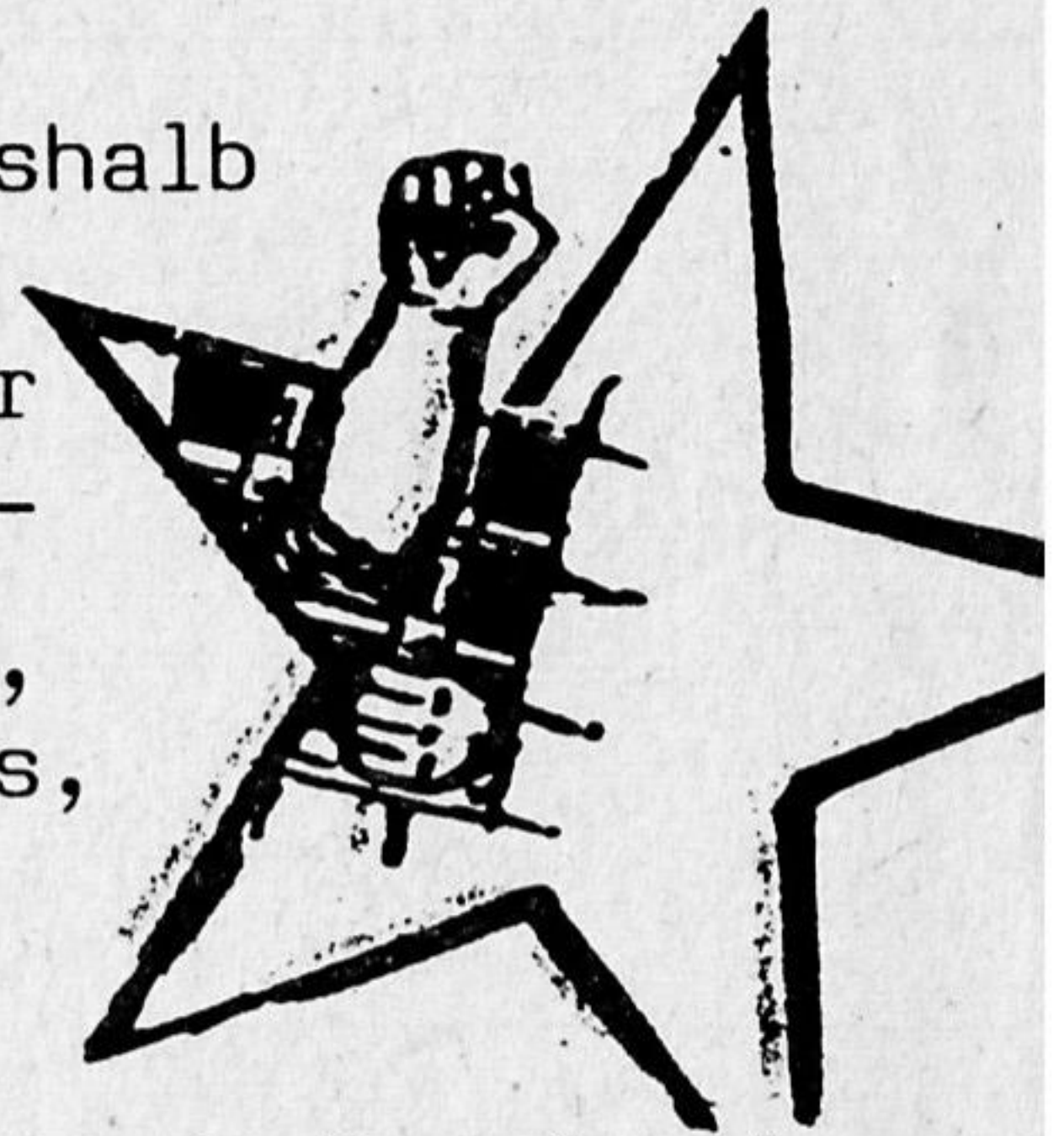
Die Wildcat-Menschen haben uns 2 längere Briefe von 2 Gefangenen aus m Knast Geldern zugeschickt. Und zwar zu den Aktionen, die Anfang Oktober im Knast gelaufen sind. Nach einigen Überlegungen haben wir beschlossen, die beiden Briefe in den Ordner zu packen.

Der erste Brief von Claus Goldenbaum behandelt nur einen Teil der gelaufenen Aktionen, da Claus ihn schon am 6.10. geschrieben hat. Der zweite Brief von Wolfgang Funk ist von Ende Oktober und beschreibt u.A. auch, wie die Anstaltsleitung die Aktionen ins Leere laufen ließ:

Mach die größten Chaoten, die "Rädelsführer", zu Bürgermeistern, gib ihnen Gelegenheit, das revoltierende Rudel hinter sich zu bringen und führe sie anschließend Schritt um Schritt weg vom Rudel. Und während die Revolte sich zunehmend verläuft, sitzen am Ende die "Bürgermeister" am äußersten toten Punkt der Anstalt. Wir hatten die Basis verloren und damit unsere Stärke."

Doch der Brief von Wolfgang war auf der letzten TAZ-Knastbriefseite, deshalb wollen wir ihn nicht nochmal abdrucken.

Was wir allerdings nicht in den Ordner reinpacken, ist die Erklärung der Gefangenen, die aus dem - während der Aktionen gegründeten - Gefangenen-Forums wieder rausgegangen sind. Und zum besseren Verständnis für alle, die den Brief von Wolfgang Funk nicht kennen, noch ein Ausschnitt daraus, in dem es um dieses Gefangenen-Forum geht.



„Am Montag, 8.10. hatten dennoch 173 Gefangene die Arbeit niedergelegt, ca. 30 befanden sich im Hungerstreik, einr im Durststreik.

Für den 10.10 hatte uns Langmann die Vorsitzende des Rechtsausschusses (Morawitz) angekündigt:

sie würde ermöglichen, daß entweder ein Gefangenensprecher eine Streikerklärung vor Medienvertretern verlesen könne, oder sie selbst wurde den Text verlesen.

Morawitz nahm dann aber nur die Erklärung, sie sich im wesentlichen gegen Krumsiek's Auftritt in der "Aktuellen Stunde" richtete, für den Rechtsausschuß des Landtags entgegen.

Daraufhin verließen die Hardliner das FORUM, und Morawitz predigte den Gefangenen auf den Höfen daß "der Zug Amnestie nicht fährt".

Die Judasfraktion reduzierte sich daraufhin auf vollzugliche Themen (Abschaffung der Briefzensur ...), mit Inaussichtstellung positiver Veränderungen im Vollzug und des öffentlichen Eingeständnisses AL Hötters, er habe in diesen Tagen dazugelernt und der Vollzug würde sich grundlegend ändern.

Den Gefangenen wurde "empfohlen", den Streik zu beenden. Gefangenen, die mich ansprachen, sagte ich, wir seien mangels Öffentlichkeit gescheitert und als letztes bliebe uns, auf's Dach zu klettern, nach kurzer Pressekonferenz" von den Bullen runtergeprügelt und länger eingeknastet zu werden wegen Landfriedensbruch usw.. Auf den Flachdächern hätten wir keine Chance gehabt, uns lange zu halten. Wir hielten aber die Stimmung auf den Höfen in Gang und gingen auch in Opposition gegen das MarionettenFORUM.

Am 15.10. wurden alle 15 FORUM-Mitglieder noch einmal eingeladen. Die Hardliner forderten Abstimmung für Wiederaufnahme der Streikmaßnahmen. Goldi wollte seinen Anwalt für die Gruppe. Langmann griff nach den Herztropfen, die er immer dann demonstrativ auf den Tisch vor sich stellte, wenn er unter Druck geriet.

Nach heftiger Debatte verließen die Hardliner den Raum und das FORUM endgültig."

DIE ALLERSCHÄRFSTEN GRÜSSE AN WOLFGANG, CLAUD UND DIE ANDEREN "HARDLINER"!!!!!!

Aufruf -

an alle autonomen und politisch bewußten Menschen!

Wir, die sog. "Hardliner" des ehemals gegründeten Gefangenen-Forums aus dem Knast Geldern, haben das Forum am 15.10.90 verlassen - doch besteht dieses Pseudo-Forum mit neuer, aufgestockter Besatzung weiterhin - und zwar als selbstinstallierte Insassenvertretung aus Schleimern und solchen, die einen eigenen Ego-Trip verfolgen, aber keineswegs die Interessen der Gefangenen vertreten.

Das Forum wurde von der Knastleitung installiert und die, die jetzt dieses Forum besetzen, sind Handlanger und Marionetten dieses Vollzugs!

Wir, die wirklich kämpfen, bekämpfen nun auch bewußt und berechtigt dieses Forum und fordern alle draußen auf, dieses Forum in keiner Weise zu unterstützen; weil mit jeder Unterstützung fällt ihr den bewußten und kämpfenden Gefangenen in den Rücken - darum schicken wir Euch dieses Info nach draußen.

Wir wissen, dieses "selbsternannte Forum" wird Euch weiterhin anschreiben, Euch verschaukeln und auf Eure Solidarität bauen. So wissen wir, daß sie es auch über sog. Spendenaufrufe in der Taz usw. veröffentlichen wollen.

Gebt es weiter, macht es öffentlich, ich meine die Zeitungen wie taz, interim, Stadt-Revue und andere alternativen Zeitungen.

Verweigert diesen Konterrevolutionären die Solidarität - und unterstützt die wirklichen, politisch bewußt kämpfenden Gefangenen.

Die Solidarität gehört den Gefangenen, die wegen verschiedener Aktionen in den BRD-Knästen heute unter Sanktionen leiden, die abgesondert sind, in den Trakten und der Isolation verschwunden sind, ihre Situation zu verändern; das sollte Ziel des Kampfes sein und hier sollte lauter Protest und Unterstützung von draußen erfolgen.

Aber einer Schleimscheißer-Gruppe, deren Boß der Knastleiter selbst ist, der sollte jegliche Solidarität verweigert werden!

Macht es öffentlich und unterstützt uns, die kämpfenden Gefangenen; laßt Euch durch keine Papiere/Texte eines Pseudo-Forums täuschen!

Wir, die sog. "Hardliner" in Geldern wollten keine Überlebensnische im Knast, mit Vergünstigungen und sog. Hafterleichterungen. Wir wollten politisch was verändern - einen Veränderungsprozeß und Kampf mit Euch draußen gemeinsam führen. Amnestie war nur der Anstoß, aber nicht das Ziel, wofür wir zu kämpfen bereit waren und sind!

Grüße an alle und Kraft allen Gefangenen in der Isolation -

Einige Autonome, Geldern

übrigens: die beiden Briefe sind nicht nur im Ordner, sondern, in gekürzter Fassung auch in der neuen Wildcat nr. 53

385 TAGE HUNGERSTREIK IN SPANIEN !

Grobübersetzung des Zeitungsartikels aus El Pais v. 30.11.90

Zwei der fünf Verhafteten schließen sich an

35 Grapos halten den Hungerstreik ein Jahr, nachdem sie ihn begonnen haben, aufrecht

Fünfunddreißig Mitglieder der Grapo-Gefangenen in 21 spanischen Knästen halten immer noch den unbefristeten Hungerstreik aufrecht, nachdem dieser vor einem Jahr von 62 Aktivisten der Organisation begonnen worden war, um gegen die straf-/haftrechtlichen Maßnahmen der Zerstreuung von Terroristen zu protestieren; dies besagen die Angaben ihrer Anwältin, der Rechtsanwältin Francisca Villalba. Das Justizministerium bestätigt, daß, wenngleich sie die Protesthaltung aufrechterhalten, sich 30 durch den Mund und 5 per Sonde ernähren.

Die Grapos begannen den Hungerstreik am 30. Nov. 1989, um die Wiederausammenlegung aller Gefangenen der Bande in einem einzigen Gefängnis durchzusetzen und um Verbesserungen der Lebensbedingungen in den Haftanstalten zu erzwingen (? reivindicar), die extrem sind für die, denen sich das Justizministerium entgegenstellt wenn man bedenkt, daß die Politik der Zerstreuung der Terroristen eine der effektivsten Maßnahmen darstellt, um zu verhindern, daß die Aktivisten, wenn sie einmal ihre Haftzeit abgesessen haben, wieder Attentate begehen..

Im großen und ganzen sind in diesem Jahr ca. 30 weitere Gefangene der Grapo dabeigewesen, die das genannte Druckmittel aus verschiedenen Gründen (inzwischen) aufgegeben haben, u.a. weil sie freigelassen wurden oder aus Furcht vor dem Wahnsinnigwerden. Andere haben sich dem Streik später angeschlossen nach ihrer Inhaftierung durch die Polizei. Dies ist der Fall z.B. bei Olga Oliveira und Jesus Cela Seoane, zwei der fünf Grapos, die Ende vergangenen Oktobers in Madrid festgenommen wurden.

Auf den Tod von José Manue Sevillano am 25. Mai dieses Jahres im Madrider Hospital Gregorio Marañon, nachdem er sechs Monate ohne zu essen geblieben war, sind keine weiteren Toten im anschließenden halben Jahr gefolgt, dies zweifelsohne, weil die Streikenden ernährung erhielten.

Die Anwälte halten daran fest, daß die erhaltene Ernährung gewaltsam ist, während die Justiz darauf besteht, daß die Mehrheit eine alternative ernährung freiwillig erhält, die aus Joghurt, Milch, Fruchtsäften besteht und unterstützt wird durch Vitamingaben. Lediglich fünf von ihnen werden per Sonde ernährt - parenteral (= mit Infusionen, intravenös) oder mit Nasen-Magen-Sonden.

Aktuell ist Leoncio Calcerrada derjenige, dessen Zustand alarmierend schlecht ist; er ist Gefangener in Badajoz - einem der wenigen Orte, wo der Überwachungsrichter für den Strafvollzug und die Ärzte zu der Fraktion gehören, die den Willen der gefangenen bis zu dem Moment respektieren, wo sie das Bewußtsein verlieren; Calcerrada leidet unter 'Tetania' (Krampfständen ?), einer Krankheit, die in Calciummangel in den Knochen besteht und die Lähmungen/Muskelschwund ? (agarrotamiento) sowie Phasen der Bewußtlosigkeit verursacht.

Ein anderer Insasse von Badajoz, Jaime Simon Quintela, hat kürzlich den Hungerstreik aufgegeben, nachdem bei ihm das Wernicke-Korsakov-Syndrom auftrat, mit Gedächtnisverlust und Willensverlust ebenso wie 'neuropatías' ?, wovon er sich nur sehr langsam erholt. Simon schickte einen Brief aus der Krankenabteilung des Gefängnisses, worin er sagt, daß er den Streik abbricht aus Angst "vollständig den Verstand zu verlieren".

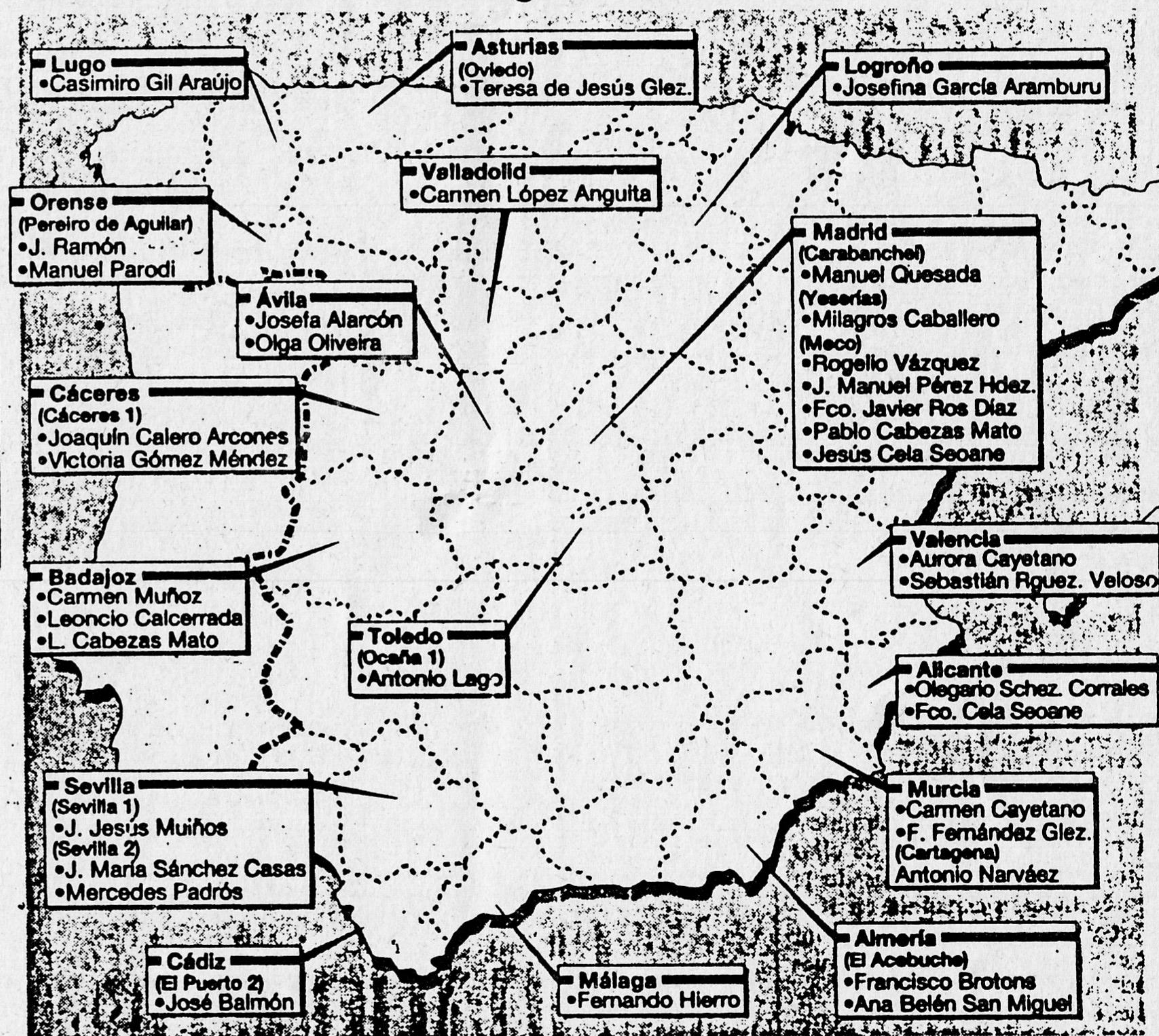


Jesús Cela Seoane und Olga Oliveira sind 2 der 5 Ende Oktober '90 wegen GRAPO-Mitgliedschaft Verhafteten. Es ist bekannt, daß sie sich dem Hungerstreik angeschlossen haben und sie sind in der Liste aufgezählt.

Die 3 anderen sind: Fernando Silvo Sande, Guillermo Vázquez (Alcalá-Meco/MADRID) und Maria Jesús Romero (AVILA). Knastadressen siehe Liste.



Presos del GRAPO en huelga de hambre



EL PAÍS

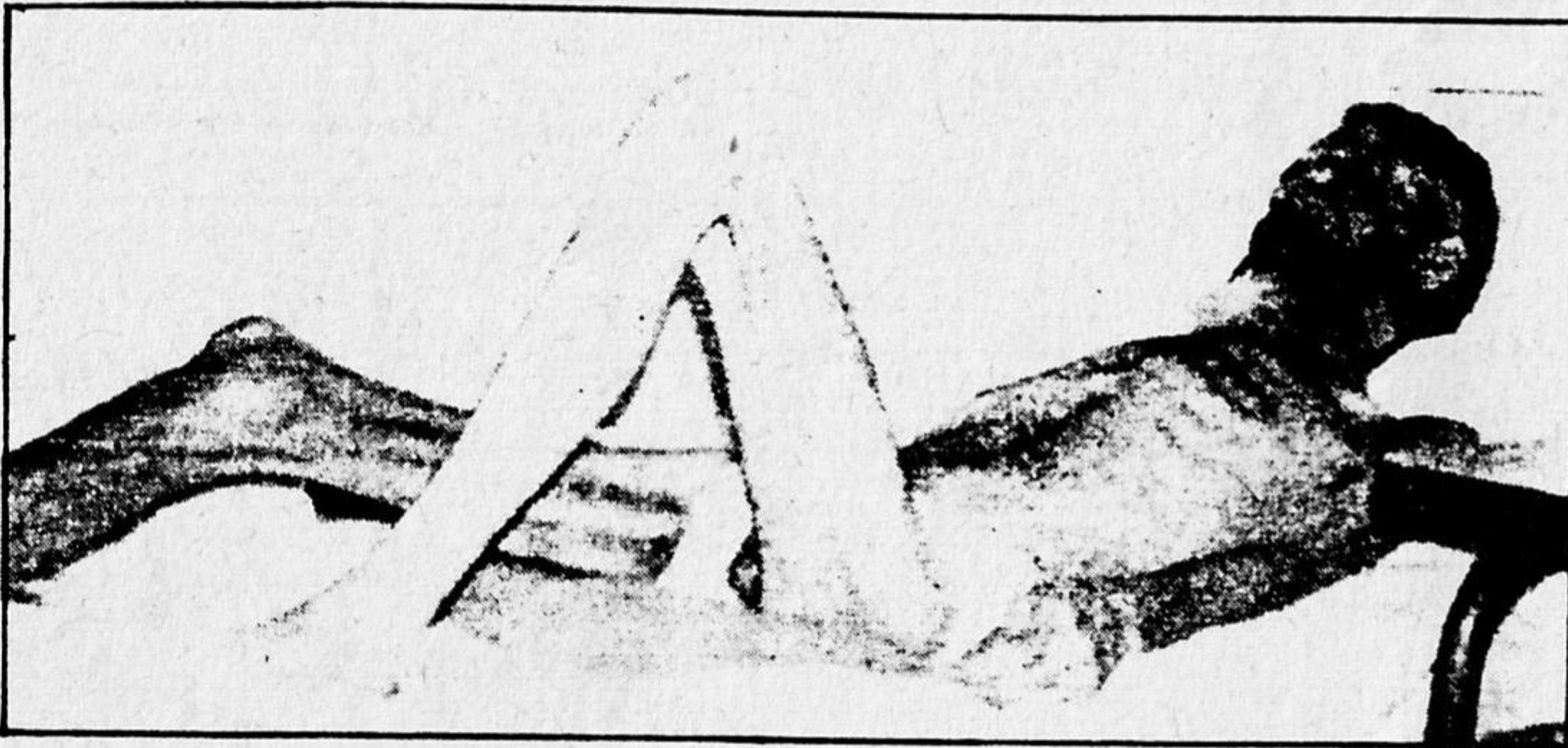
Am 25. Mai 1989 starb José Sevillano im Hungerstreik. Die spanische Regierung hatte bereits Ende 1989 bei einigen Gefangenen im Hungerstreik mit der Zwangsernährung begonnen. Die "Gesundheit" der Gefangenen im Griff zu behalten, um damit den Hungerstreik als letztes Mittel von Gefangenen zur Durchsetzung ihrer Forderungen wirkungslos zu machen, wurde zwar durch den Tod José Sevillanos in Frage gestellt, hat aber an der Praxis nichts geändert. Alle am Hungerstreik beteiligten Gefangenen werden zwangsernährt, nachdem sich ihr Zustand lebensbedrohlich verschlechtert hatte und sich bei allen irreversible körperliche Schäden durch den Hungerstreik eingestellt haben (z.B. schwere Nierenschäden und bei einigen bereits mehrfach aufgetretene Herzstillstände).

Die Zwangsernährung wurde nach Berichten der Gefangenen mit äußerster Brutalität durchgeführt (z.B. ist es normale Praxis, daß die Gefangenen trotz ihrer Schwäche an Händen und Füßen ans Bett gefesselt werden).

Die Tatsache, daß sich die Regierung in Spanien bis heute zu keinerlei Verhandlungen bereit erklärt hat, und die Zwangsernährung in dieser Form, die auch nach internationalem Verständnis als Folter zu bewerten ist, machen deutlich, daß der Tod der Gefangenen nicht nur in Kauf genommen wird, sondern bewußt einkalkuliert wird, und zwar mit dem stillschweigenden Einverständnis der anderen EG-Staaten und der gesamten sogenannten europäischen Öffentlichkeit.

Celsa Barcia, eine ehemalige Gefangene, die wegen Mitgliedschaft in einem Informationskommando der GRAPO verurteilt worden war, - ihr Ehemann, Hierro Chomón befindet sich seit November letzten Jahres mit im Hungerstreik - sagte in einem Interview Ende September dazu:

"Die Streikenden haben nichts zu verlieren. So oder so würden sie sterben, weil 24 Stunden am Tag in einer Zelle sein, über den restlichen Zeitraum der verbleibenden Strafe, was 30, 90 500 Jahre sind, da kannst du selbst urteilen... ohne jemand zu sein, mit Prügel und Erniedrigung usw. usw. So sterben sie wenigstens Widerstand leistend, ohne irgendeine Kapitulation. Also obwohl sie nicht sterben wollen - weißt du: Sie kämpfen für das Leben. Und das ist es, was sie immer noch am Leben erhält, der Widerstand gegen den schleichenden Tod."



**PCE(R) y GRAPO
LA HUELGA MAS
LARGA**

Aktuelle Adressen der spanischen politischen Gefangenen im Hungerstreik

Casimiro Gil Araújo
Prisión de Lugo
LUGO

Josefa Alarcón Lapuente
Olga Oliveira
Prisión de Avila
AVILA

Carmen López Anguita
Prisión de Valladolid
VALLADOLID

José Balmón Castell
Prisión de Puerto II
Apartado 600
11500 PUERTO DE SANTA MARIA
(CADIZ)

Carmen Muñoz Martinez
Leoncio Calcerrada Fornieles
Luis Cabezas Mato
Prisión de Badajoz
Carretera de Olivenza,
km 7.300
06008 BADAJOZ

Manuel Parodi Muñoz
José Ramón Teijelo
Prisión de Orense
(Pereiro de Aguilar)
ORENSE

Joaquin Calero Arcones
Victoria Gómez Méndez
Prisión de Cáceres 1
CACERES

Teresa de Jesús González Rodriguez
Prisión de Oviedo
ASTURIAS (OVIEDO)

Josefina Garcia Aramburu
Prisión de Logroño
LOGRONO

Antonio Lago Iglesias
Centro Penitenciario de Ocaña
C/Mártires s/n
Apartado 31
45300 OCAÑA (TOLEDO)

Fernando Hierro Chomón
Prisión de Málaga
MALAGA

Ana Belén San Miguel Martínez
Francisco Brotons Beneyto
Prisión de Almería
El Acebuche
Apartado 221
04080 ALMERIA

Antonio Narváez Ternero
Centro de Cumplimento de San
Antón de Cartagena
Apartado 68
30290 CARTAGENA (MURCIA)

Manuel Quesada Jiménez
Hospital Penitenciario de
Carabanchel
28071 MADRID

Milagros Caballero Carbonell
Prisión de Yeserías (Madrid)
C/ Juan de Vera 10
28045 MADRID

Rogelio Vázquez Gómez
Juan Manuel Pérez Hernández
Francisco Javier Ros Díaz
Pablo Cabezas Mato
Jesús Cela Seoane
Prisión de Meco
Alcalá-Meco
MADRID

Juan Jesús Muiños Formoso
Prisión de Sevilla I
C/ Mariano Benlliure,
1 - 41005 SEVILLA

José María Sánchez Casas
Mercedes Padrós Corominas
Centro Penitenciario de Sevilla 2
Ctra. de Torreblanca-Mairena del
Alcor, km 3
41007 SEVILLA

Carmen Cayetano Navarro
Fernando Fernández González
Prisión de Murcia
Apartado 796
30071 MURCIA

Olegario Sánchez Corrales
Francisco Cela Seoane
Centro Penitenciario de Alicante
Apartado 476
03071 ALICANTE

Aurora Cayetano Navarro
Sebastián Rodríguez Veloso
Prisión Provincial de Valencia
(enfermería)
Apartado 22114
46071 VALENCIA

Die Liste der Hungerstreikenden ist nach Angaben von "EL PAIS" und Knastadressen, die wir hatten, erstellt. Die Angaben von "EL PAIS" wurden soweit möglich mit Informationen von AnwältInnen verglichen und erscheinen verlässlich. Fehler sind dennoch nicht völlig ausgeschlossen.



Nach unseren Informationen besteht seit Anfang Oktober in sieben Gefängnissen eine de facto Kontaktsperre zu den Gefangenen, die sich im Hungerstreik befinden. . . .

Es gibt hierzu keinerlei offizielle Beschlüsse, formelle Besuchsverbote o.ä.. Es werden aber keine Besuche mehr zugelassen, Angehörige und Anwälte werden ohne Begründung im Gefängnis abgewiesen, wenn sie Besuchen machen wollen (andere BesucherInnen erhielten während des ganzen letzten Jahres ohnehin nur selten eine Besuchserlaubnis). Der Kontakt durch Briefe ist abgebrochen: es sind keine Briefe der Gefangenen mehr angekommen und offenbar auch keine Briefe an die Gefangenen mehr ausgehändigt worden. Dies gilt für die folgenden Gefängnisse: Ávila, Yeserías (Frauen), Málaga, Sevilla, Puerto de Sanata Maria, Almería, und Logroño.

Die Kontaktsperre muß durchbrochen werden; gut wäre, wenn die hungerstreikenden Gefangenen massiv Soldaritätspost bekommen würden. Oder wenn sich Gruppen -ernsthaft- überlegen, bei einzelnen Gefangenen Besuch zu beantragen (bei den Knastleitern). Bei solchen Initiativen wäre wichtig, bei der Redaktion des "Angehörigen-Info" (BRD) Bescheid zu sagen, auch wegen eventueller Reaktionen. Damit das von dort aus ein wenig zusammengefasst werden kann.

Schreibt den Gefangenen! Schickt bitte Kopien Eurer Post an die Angehörigen in Spanien, da nicht sichergestellt ist, daß die Post auch ankommt: AFAPP, Apartado de Correos 15.220, 28080 Madrid.

egin



Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.

Neues in Sachen Insumision

Am 8.11.90 ist in Donostia Koldo Auge verhaftet worden, nachdem er sich vor dem Militärgouvernement geweigert hatte, seinen Militärdienst wiederanzutreten. Insgesamt hat es in diesem Jahr 139 Fälle von Totalverweigerung gegeben, 7 der Insumisos sind verhaftet worden. 1989 waren es 190 Verweigerungen, 11 Insumisos waren verhaftet worden. Koldo Auge war in Begleitung seines Anwalts zum Militärgericht gefahren, um sich über seine Rechte zu informieren: Er hatte den Dienst aufgegeben, als ihm noch drei Monate bis zur Beendigung fehlten und war sofort zum Deserteur erklärt worden, Such- und Haftbefehl waren höchstwahrscheinlich ausgeschrieben. Vor dem Gerichtsgebäude hatten sich einige Menschen in Solidarität mit Koldo versammelt, ebenfalls vor der Zivilverwaltung, wohin er sofort gebracht wurde. Koldo wurde verhaftet, obwohl kein offizieller Haftbefehl vorlag; es gäbe, so der Militärgouverneur, telefonische Anweisungen. Einige Stunden vorher hatte Koldo in einer Presserunde erklärt, daß er zum Militärgouvernement gehen werde, da er sich nicht verstecken müsse, seine Handlung sei legal und er nehme sein Recht auf Verweigerung wahr. Koldo hat die Unterstützung des Stadtrats von Pasaia. Die Jugendorganisation von KAS, Jarrai, verurteilte die Verhaftungen als Versuch des spanischen Heeres, die Verweigerungen zu stoppen, indem sie selektiv Repression einsetze, um Angst unter den Jugendlichen zu säen. Koldo werde als Deserteur verurteilt, obwohl es ein Recht auf Verweigerung gäbe.

HERRI BAT GARA:
AUTODETERMINAZIOA

"Selbstbestimmung"



Massendemonstration gegen Gewalt gegen Frauen

Am späten Abend des 10.11. fand in Portugalete eine Demonstration von mehreren Tausend Menschen statt, anlässlich der Ermordung von Olga Casas Rodríguez, die Tage zuvor mit zahlreichen Spuren von Gewalt am Körper tot aufgefunden worden war. Zur Demonstration hatten die Frauenorganisation Egizan und die Frauengruppe von Portugalete

aufgerufen, unterstützt von zahlreichen BewohnerInnen und politischen Gruppen. Die Demo endete um 0.30 Uhr am Rathaus, wo ein Kommuniqué der Aufruferinnen verlesen wurde mit der Feststellung, daß ein weiteres Mal eine Frau Opfer eines solchen Gewaltverbrechens geworden sei und daß die Täter nicht ungestraft bleiben dürften. In ihrer Rede betonte Amaia Montorio (HB): "Nur eine so sexistische Gesellschaft wie diese kann solche Greuel wie die Ermordung von Olga Casas produzieren." Vom leitenden Gremium von HB wurde hinzugefügt: "Es kann keine Genugtuung geben für eine Tat wie diese und die Bestrafung der Mörder von Olga scheint eine Forderung zu sein, die hauptsächlich von HB in aller Klarheit unterstützt wird. Aber wir dürfen uns nicht eine Bande rauspicken und vergessen, welches die wahren Ursachen dieser und anderer Taten sind, die täglich eine Situation der Gewalt gegen Frauen bedeutet."



Massendemonstration für Verhandlungen

Demnächst wollen wir ein längeres Interview übersetzen und veröffentlichen, das Egin im Oktober mit ETA geführt hat. Um das Gespräch überhaupt zu verstehen, bedarf frau und mann aber einiger Vorkenntnisse über den zentralen Punkt des Gesprächs: Die Verhandlungen zwischen Staat und ETA.

Die Forderung nach Verhandlungen ist schon lange ein Hauptthema der abertzalen Bewegung (1). Diese Verhandlungen sollen nicht als endgültiges Ziel des Kampfes verstanden werden, sondern als Zwischenstufe und Erweiterung an einer anderen Front, auf der Basis der zu verhandelnden KAS-Alternative (2).

Die Madrider Regierung weigert sich, öffentlich eindeutig Stellung zu beziehen, es gibt Äußerungen der Sorte "Mit Terroristen wird nicht verhandelt", ETA bot 1988 erstmals einen Waffenstillstand an für den Fall der Verhandlungsaufnahme und nicht mehr nur als Ergebnis derselben.

Es hat seit 1987 Verhandlungen und vor allem Verhandlungsunterbrechungen gegeben. Der Staat versuchte zunächst, sie auf die Ebene "Abgabe der Waffen gegen Amnestie" zu reduzieren und so zu spalten - auf der einen Seite integrieren, auf der anderen Seite radikale Forderungen und bewaffneten Kampf abgrenzen, was ihm nicht gelang.

Am 23. Januar 1989 kam es zum ersten Mal zu von beiden Seiten offiziell bestätigten Verhandlungen in Algier, wobei der weitere Verhandlungsverlauf in neun Punkten festgelegt wurde, u.a. Bildung eines ständigen Verhandlungstisches in Algier, Teilnahme der algerischen Regierung als Gesprächsleiterin und Vermittlerin, regelmäßige Veröffentlichung des Verhandlungsverlaufs und Vereinbarungen über beidseitige Waffenstillstände. Weil Madrid die Vereinbarungen nicht erfüllt und z.B. falsche Verhandlungsergebnisse veröffentlicht, sieht sich die ETA-Delegation in Gefahr und die Gespräche werden abgebrochen.

- (1) abertzal: bask. "patriotisch", einen eigenen baskischen Staat anstreben.
- (2) KAS-Alternative: umfasst die sog. 5 taktischen Forderungen (Minimalpunkte) bei Einstellung des Kampfes der ETA:
 1. Abzug der spanischen Sicherheitskräfte
 2. Wiedereingliederung der Provinz Navarra ins Baskenland
 3. Amnestie für die baskischen politischen Gefangenen
 4. Exekutive, legislative, judikative Kompetenzen der baskischen Institutionen (Autonomie)
 5. Verbesserung der Situation der ArbeiterInnen in Euskadi.

INTERVIEW:

AMER QADISCH (PFLP) ZU S. HUSSEIN

"Seit Beginn der Golfkrise stellt die westliche Presse Saddam Hussein als neuen Hitler dar. Für die arabischen Massen ist er ein neuer Held, fast ein Abklatsch Nassers - wie sieht die palästinensische Führung Saddam Hussein?"

Folgendes Interview mit dem offiziellen Sprecher der PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas), Amer Qadisch ist dem AUSBRUCH Dez. 90 entnommen, sozusagen als Ergänzung der INTERIM-Sondernummer zum GOLF.

Was die Haltung der Palästinenser zu Saddam Hussein angeht, so ist es eine Haltung nicht zu seiner Person, sondern zu seiner Position in der palästinensischen Frage. Es ist ja bekannt, daß die Tragödie des palästinensischen Volkes schon seit vielen Jahren andauert, ohne daß eine Lösung gefunden wurde. Es gibt Dutzende von Resolutionen nach Internationalem Recht zugunsten der palästinensischen Sache, von 1947 bis heute, ohne daß auch nur eine einzige umgesetzt wurde. Es dürfte sich unterdessen auch herumgesprochen haben, daß es der erklärte US-israelische Wille ist, eine Implementierung zu verhindern. Der langjährige Kampf der Palästinenser, die Intifada, die nun fast drei Jahre dauert, die lange Reihe von Initiativen und Vorschlägen der PLO haben zu nichts anderem als zu Ablehnung und zum Schließen aller Türen vor der Chance des Friedens geführt, wieder von Seiten Tel Avivs und Washingtons. Auf der letzten Tagung des Nationalrats 1988, der Tagung, die die Friedensinitiative der PLO beschloß, schlossen Genosse George Habbasch und Bruder Yassir Arafat eine Wette ab. Die Wette ging darum, ob diese gemäßigte Politik des Nachgebens, auch nur irgend etwas bewirken würde ...

(lacht) und was hat Habbasch nun gewonnen?

(lacht) na die Führung der PLO natürlich!

(wird ernst) es ist ja bekannt, daß die PLO während der letzten zwei, drei Jahre allen Forderungen und allem Druck nachgekommen ist und eine Reihe von Zugeständnissen gemacht hat, deren wichtigste Yassir Arafat auf seiner Pressekonferenz in Genf bekanntgegeben hat; die Anerkennung Israels, der Verzicht auf Terrorismus, das Einstellen des bewaffneten Kampfes vom Südlibanon aus und generell außerhalb der besetzten Gebiete. Trotz dieser Politik, die von den demokratischen Kräften in der PLO kritisiert wurde, und ich spreche von der PFLP selbst, geschah nicht für das palästinensische Volk. Yassir Arafat selbst machte in vielen öffentlichen Aufrufen auf die Gefahren aufmerksam, die ein kontinuierliches Zuschlagen aller Türen vor dieser gemäßigten PLO-Politik bewirken könnten. In einer der Zusammenkünfte mit Hosni Mubarak gestand er ein, daß Habbasch die Wette gewonnen hatte. In einer solchen Situation gibt es zwei Wege, seine Rechte wiederzugewinnen: gegenseitiges Verständnis und friedliche Mittel oder Krieg. Was schlägt denn eine Deutsche den Palästinensern vor, daß sie tun sollen.

Also ist die Lösung Krieg?

Wer soll den Krieg denn führen - Saddam - und wer noch?

Die Kriegsoption ist nicht allzu bald zu erwarten, aber sie ist eine sehr offene Option: die ganze Welt muß verstehen, daß es keinen Frieden und keine Stabilität in der Region geben kann, solange die Palästinenser ihre legitimen Rechte, immerhin bestätigt durch die Vereinten Nationen nicht erlangt haben, auch wenn der Folgekonflikt gelöst würde.

Das heißt, daß die palästinensische Führung mit der Unterstützung Saddam Husseins nicht nur den arabischen und palästinensischen Massen folgt, sondern daß diese Position die genuine Position der Führung ist?

Im wesentlichen ist dies die Position der Führung, und auch der Massen. Keiner geht hier dem anderen voraus. Und zum ersten Mal seit mehreren Jahren ist die palästinensische Position in diesem Maße einheitlich, auf der offiziellen Ebene und der Ebene der Massen.

Es gibt also gerade keinen Widerspruch zwischen der Politik Arafats und dem Rest der PLO?

... Zum Golf meinen Sie?

Naja, meine Frage war durchaus weiter gefaßt

... Es ist natürlich unmöglich, daß es keine Widersprüche gibt. Das ist ja sozusagen das ABC des Lebens. Aber im Moment können wir sagen, daß das vorherrschende Bild das der Einigkeit ist. Aber unter dem Bild letzte Woche beendete der palästinensische Zentralrat (PCC) seine ordentliche Sitzung. Wir forderten von Arafat, seine Politik der letzten zwei Jahre zu überdenken; wir forderten die PLO-Führung und an ihrer Spitze Arafat auf, Möglichkeiten zur Unterstützung der Intifada zu entwickeln und (den Kampf, Red.) eskalieren zu lassen. Wir kritisieren auch das Nicht-Aktivieren der pal. politischen Strukturen, sei es seitens des palästinensischen Nationalrats oder

■ ■ ■

seitens des Zentralrats und den Mangel an Demokratie in diesen Gremien. Wir fordern, daß diese Gremien auch wirklich zu ihren festgesetzten Terminen stattfinden, und daß sich an ihre Beschlüsse gehalten wird. Wir fordern von der Führung auch eine rationale Finanzpolitik, d. h., daß mehr Geld für die Armen der Intifada ausgegeben wird und nicht für neue Paläste und Villen ... nun, das sind einige der Widersprüche.

Bassam Abu Sharif sprach vor wenigen Tagen im Fernsehen über die Möglichkeit, die Intifada auf die Stufe des bewaffneten Kampfes zu heben - ist das ein Ausdruck der neuen Einigkeit?

Zum ersten ist die Parole, die Intifada durch militärische Aktionen zu unterstützen, keine neue. Es ist gut, daß sie endlich auch zu unserem ehemaligen Kollegen Bassam Abu Sharif durchgedrungen ist. Natürlich gaben wir diese Parole aus, weil wir davon überzeugt sind, daß unser Feind die besetzten Gebiete nicht verlassen wird, wenn wir ihm nicht schwere Verluste zufügen. Dafür haben wir ein Beispiel. Die Israelis zogen sich nicht umsonst aus den meisten Gebieten im Libanon zurück. Es tauchten bekanntliche viele Stimmen in Israel auf, die den Abzug der Truppen aus dem Libanon forderten, weil ihnen die Verluste zu hoch waren. Das war ein Teil. natürlich gab es auch die anderen, friedensliebenden, demokratischen Stimmen. Die Intifada fügte Israel wichtige Verluste auf politischem, ökonomischem, diplomatischen und moralischem Gebiet zu; nicht, was seine Soldaten betrifft. Die USA können die ökonomischen Verluste Israels ausgleichen, sie können es durch das Veto beschützen, auf politischer Ebene, aber sie können die israelischen Soldaten in der Westbank und im Gazastreifen nicht beschützen. Aber das ganze Gerede von der Wichtigkeit, die Intifada mit Feuer zu unterstützen, heißt nicht, daß wir die gegenwärtige, von den Massen getragene und ebenfalls Gewalt anwendende Form des Aufstandes durch militärische Aktionen von außen ersetzen wollen. Wir stimmen Arafat und Bassam Abu Sharif nicht darin zu, die Steine beiseite zu legen und zur Kalaschnikow zu greifen. Der Stein ist die Waffe der Massen, die Kalaschnikow die Waffe der Avantgarde. Wir wollen nicht, daß die Intifada ihren massencharakter verliert.

Ich muß nochmal auf Saddam Hussein und seine Unterstützung durch die Palästinenser zurückkommen. Es ist manchem Linken ein Problem, daß fortschrittliche, sich als revolutionär verstehende Kräfte ein System unterstützen, daß man durchaus als eine Art faschistisches bezeichnen könnte

(nicht stöhnen, weiter, weiter!)

Wir unterstützen Saddam Hussein in dieser Golfkrise - wir unterstützen ihn nicht, was seine Innenpolitik im Irak betrifft. Nicht nur das: wir waren gegen seinen Krieg mit dem Iran. Vielleicht ist es nicht allgemein bekannt, daß wir Büros in Bagdad hatten, noch bevor wir welche in Damaskus hatten. Aber wir schlossen unser Hauptquartier Anfang des Jahres 1980, weil wir in vielen Fragen, hauptsächlich aber dem Irak-Iran-Krieg mit dem Irak völlig uneins waren. Bis zum letzten Besuch von George Habbasch in Bagdad und seinem Treffen mit Saddam Hussein wurden unsere Büros nicht wieder eröffnet. Man muß unterscheiden zwischen der Unterstützung für eine bestimmte Position oder einer grundsätzlichen Unterstützung. Ich möchte mich darüber nicht streiten, aber die USA, die sich so gerne als Hüter der Demokratie aufspielen, haben ausgezeichnete Beziehungen zu reaktionären, aus dem Mittelalter stammenden Regimen, beschützen sie sogar

Aber es besteht doch ein Unterschied zwischen irgendwelchen diplomatischen Beziehungen und einer wirklich starken Unterstützung durch die Massen - hat eine Führung, die sich als revolutionär versteht, nicht eine gewisse Verantwortung gegenüber den Massen? So eine massenhafte Begeisterung für einen Diktator, für einen Faschisten, wie ihn die Opposition nennt, geht doch auf Kosten fortschrittlicher Inhalte!

Die palästinensische Sache braucht die Unterstützung sogar des kleinsten Landes; wir brauchen auch die Unterstützung des Sultans von Brunei! Und was die Demokratie betrifft, so gibt es kein einziges, arabisches, demokratisches Regime - schreiben sie das ! Heißt das, wir sollen überhaupt keine Beziehungen haben? Wir glauben nicht an den Export von Revolutionen. Wir glauben, daß das irakische, syrische, libanesische Volk ...

... und das kuwaitische?

Ja, natürlich, auch das kuwaitische, das saudische und die demokratischen nationalen Kräfte dafür verantwortlich sind, den nötigen demokratischen Wandel in diesen Staaten durchzusetzen. Zu den arabischen Massen - unsere Beziehungen zu den arabischen Massen werden positiv oder negativ - beeinflusst durch die Position der PLO zu den Regimen oder den demokratischen Kräften in diesen Ländern.

Wenn es Beziehungen zu einem Regime gibt, haben wir bessere Möglichkeiten, die Massen zu erreichen, als wenn unsere Präsenz verbo-

■ ■ ■

■■■

ten und illegal ist. In Ländern, wo wir verfolgt werden, haben wir keinen Einfluss. Weder unser offizielles Presseorgan noch irgendein PFLP-Mitglied kommt z.B. nach Ägypten hinein - es gibt keine Möglichkeit, unsere Meinung zu verbreiten, nichts. Wir brauchen Kontakte zu den Regimen, um mit den Massen und den demokratischen Kräften zusammenzuarbeiten. Und natürlich sind wir doppelt unterdrückter als palästinensische Organisation, und zum anderen durch den Umstand, dass alle Massnahmen gegen das jeweilige Vold, oder die demokratischen, fortschrittlichen Kräfte auch uns treffen.

Wie sind denn z.B. die Beziehungen zu den kurdischen Organisationen? In einer Erklärung der Europavertretung der Volksbefreiungsfront Kurdistans, ERNK, heisst es: "In diesem Krieg ist der Platz der Völker der Region weder an der Seite der Saddam-Diktatur". Wie wäre es denn mit dieser Position?

Die historische Verbindung zwischen der kurdischen und der palästinensischen Sache ist gegeben. Zwei Nationalitäten sind von der Landkarte unserer Region gewischt worden: die palästinensische und die kurdische. Palästina wurde zwischen Israel, Jordanien und Ägypten aufgeteilt, Kurdistan zwischen dem Irak, der Türkei und dem Iran. Wir haben dieselbe Tragödie. Zwei, die einmal im Gefängnis waren, wissen, was Gefängnis bedeutet... also dieselben Erfahrungen, dieselben Hoffnungen.. Historisch und gegenwärtig gibt es einen gemeinsamen Kampf mit den Kurden. Letztes Jahr feierten wir Palästinenser das 800 jährige Jubiläum der Befreiung Jerusalems von den Kreuzrittern, die unter der Führung von Salah ed Din al Ayyoubi gescha

und der war Kurde. Nur dass....

Ja - und im Moment haben wir gute Beziehungen zu der kurdischen Nationalbewegung. d.h. den verschiedenen Organisationen, die in der Region verstreut sind. Wir tauschen Meinungen aus, arbeiten zusammen....

Aber in diesem Falle nicht.

Auch in diesem Fall. Es ist bekannt, dass in der arabischen demokratischen nationalen Linie unterschiedliche Haltungen zur Golf-Krise zu finden sind. Es sind ja nicht nur die Kurden, auch die irakischen Kommunisten vertreten den gleichen Standpunkt wie die Kurden. Und wir haben im arabischen ein Sprichwort, das so viel bedeutet wie "die Leute von Mekka ken-

nen ihre Stadt besser als wir." Aber wir können unseren Standpunkt und unsere Taktik als Palästinenser nicht an die Position oder an die Einschätzung jeder linken oder demokratischen, nationalen oder regionalen Bewegung binden. Wenn wir die Golf-Krise aus der palästinensischen Perspektive be-

trachten, kommen wir zu einer anderen Taktik, als wenn wir sie aus der kurdischen oder irakischen Perspektive betrachten. Und von hier gibt es manchmal Widersprüche zwischen den Freunden, aber es sind objektive Widersprüche. Ich will ein Beispiel geben: Wir und die libanesische kommunistische Partei sind Genossen im Kampf und in der Strategie.. aber wir gingen durch eine schwere Prüfung, nämlich den Lagerkrieg. Wir konnten wohl auf keinen Fall der Taktik der libanesischen kommunistischen Partei zustimmen, die den Krieg der Amal gegen die Palästinenserlager als gerechtfertigt ansah; natürlich basierte diese Position darauf, dass die KP ihre Basis unter den schiitischen Libanesen verloren hätte, wenn sie mit den Palästinensern gewesen wäre.. Für uns natürlich klar, dass wir nicht mit der Amal sein konnten gegen unser Vold und unsere Interessen. In solchen Fällen müssen wir versuchen, unsere Beziehungen zu diesen Kräften zu erhalten, auch wenn es Widersprüche gibt.

A propos Libanon - was gerade im Libanon geschah (der Sieg über Aoun) - ist dies ein direktes Ergebnis des Baker-Besuches vor rund einem Monat?

Da müssen Sie die Syrer fragen. Gut-dann frage ich Sie, wie denn die gegenwärtigen Beziehungen zwischen PFLP und den Syrern aussehen. Es gab Gerüchte, dass die Front umziehen würde...

Nach dem Besuch von George Habbasch in Bagdad und seinem Treffen mit Saddam, Ramadan und Aziz wurden Gerüchte in die Welt gesetzt, dass die Büros der PFLP in Damaskus geschlossen werden sollten. Aber wie Sie sehen, sitzen wir immer noch in Damaskus und wir von der Front haben nicht im mindesten die Absicht, unsere Büros hier zu schließen. Und solange wir uns politisch ausdrücken können, nicht unbedingt in Syrien selbst, aber nach aussen, werden wir versuchen, unsere Präsenz hier zu erhalten. Syrien ist ein arabisches Land, es gibt viele tausend Palästinenser in Syrien, ein Teil des Landes ist besetztes Gebiet, die Golan-Höhen, wir haben also dasselbe Los. Unsere Präsenz hier basiert auf gegenseitigen Respekt und in der

Nichteinmischung in die jeweiligen inneren Angelegenheiten. Wir haben auch dazu aufgerufen, die Beziehungen zwischen Syrien und der ganzen PLO zu korrigieren; wir hoffen, dass es passende Umstände für eine solche Korrektur geben wird.

Der kommende Winter könnte für die Zukunft der Region sehr entscheidend werden. Wie könnte denn die politische Landkarte nach diesem Winter in dieser Region aussehen?

Das kommt darauf an, wie Golf-Krise ge-

löst wird. Wenn es den Amerikanern gelingt, ihren Willen durchzusetzen, wird es weder einen palästinensischen Staat geben, noch wird es Yassir Arafat geben, noch König Hussein von Jordanien, und natürlich keinen Saddam Hussein und keinen Irak. Es gibt allerdings auch die Option, dass die Krise eingefroren wird, wie die palästinensische Sache. Eine gerechte Lösung würde so aussehen, daß es Kuwait gibt, den palästinensischen Staat und Ruhe und Frieden in der Region. Deshalb müssen wir einfach, als Palästinenser, als Araber, mit den fortschrittlichen Kräften in der Region und auf der ganzen Welt, die Amerikaner daran hindern, diese Schlacht zu gewinnen. Und eben nicht, um das irakische Regime zu verteidigen. Und ich möchte allen unseren Freunden in Deutschland eindringlich sagen Wenn die USA sich durchsetzen, wird es in dieser Region weder Frieden, noch Gerechtigkeit, noch Stabilität geben.

Nun, dieser Winter ist nicht nur für den Nahen Osten entscheidend. Die Weltsituation ist gerade dabei, sich entscheidend und rasant zu verändern. Die Golf Krise ist demnach der erste Kampf um die Macht in dieser neuen Weltordnung. Wie sieht die palästinensische Führung diese Situation und was ist ihre Strategie in dieser neuen Weltordnung?

Was uns als Palästinenser und unsere Sache betrifft, so können wir im Moment nur negative Auswirkungen feststellen. Die gegenwärtige Regierung in der Sowjetunion zeigt nicht dieselbe Begeisterung wie die unter Breschnew, die nach einer internationalen Friedenskonferenz rief, was der Pal. Nationalrat aufgriff. Alle Gründe, die Moskau dazu veranlassten, 1967 die Beziehungen zu Israel abzubrechen, sind noch vorhanden. Trotzdem werden die Beziehungen auf verschiedenen Ebenen wieder hergestellt. Das gefährlichste sind im Moment die Millionen Einwanderer aus der Sowjetunion, Juden und Nicht-Juden, nach Palästina. Es gibt eine Art Kampagne in den sowjetischen Massenmedien gegen die Palästinenser und ihre Sache, die von zionistischen Aktivisten in diesen Medien durchgeführt werden.

Das Komitee gegen Zionismus in der SU spielt keine Rolle mehr. Es werden sogar sowjetische Bürger unter Druck gesetzt, nicht nur Palästinenser. Leider sehen wir in einer Zeit, wo das Problem Nicaragua gelöst wurde, sich Deutschland wiedervereint, wo es in Afghanistan Bewegung gibt, immer noch keine Lösung für Palästina. Im Gegenteil alle diese „Lösungen“ wirken sich negativ auf uns aus. Das war nun alles sehr aus der Bauchnabelperspektive gesprochen. Im allgemeinen stimmen wir nicht mit der SU überein, dass das Prinzip des „Gleichgewichts der Interessen“ die Probleme der Welt lösen kann. Dieses Prinzip ist vielleicht für die SU selbst richtig, denn sie hat ja alle Vernichtungswaffen; aber wir z.B. haben kein Gleichgewicht mit Israel. Deshalb kann unser Problem auch nicht nach diesem Prinzip gelöst werden. So eine Lösung passierte in Nicaragua, vielleicht passiert sie in Afghanistan, aber d.h., dass alle diese Konflikte im Sinne der Vereinigten Staaten gelöst wurden.

Die dramatischen Veränderungen, v.a. natürlich die in Osteuropa, sind ja in gewisser Weise ein Ergebnis von Gorbatschows Perestroika. Wie sieht denn die PFLP die Perestroika?

Die Aussenpolitik jedes Staates wird bestimmt durch innere Interessen ... sieht man von richtigen sozialistischen Staaten einmal ab. Die SU will jetzt ihre Interessen, das hat sie angekündigt. Sie will ihre inneren Probleme lösen, um jeden Preis. Sie will zweierlei: Geld und Technologie. Und das gibt es beides nicht bei Habbasch, nicht bei Arafat oder sonst irgendwem, das gibt es in Washington. Ausserdem sind wir nicht einverstanden damit, wie mit den 70 Jahren „Dunkelheit“, also den 70 Jahren sozialistischer Erfahrung umgegangen wird. Wir stehen wirklich vor einem grossen Problem.

Es hat — im Zuge der Entwicklungen in der SU — in kommunistischen Parteien auf der ganzen Welt Spaltungen gegeben, bis hin ins palästinensische Lager. Die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas kämpft gerade mit diesem Problem. Wie steht es in Ihrer Organisation?

So ein Problem gibt es bei uns nicht. Unsere offizielle Haltung zur Perestroika wurde letztes Jahr verlautbart. Wir sagen, wir unterstützen sie, v.a. die Demokratisierung, haben aber Bedenken. Wir sagten auch wir hielten es nicht für nötig, dass, wenn es im August in Moskau regnet, wir hier unsere Regenschirme aufspannen. Wir sind eine eigene Organisation, wir haben unser Potential, eine gerechte Sache, und wir müssen die Konsequenzen dieser Politik für uns und den Rest der Dritten Welt sehen. Wir sind gegen das Hauptprinzip dieser Aussenpolitik, das den Interessen des Imperialismus dient. Es ist eben nicht so, dass die Ära der Widersprüche beendet ist und die Ära der Einigkeit begonnen hat. Aber wir haben uns eine Atmosphäre der Offenheit zu diesem Thema erhalten, das natürlich in unseren Reihen kontrovers diskutiert wird. Und das hat uns vor einer Spaltung bewahrt.

Sie haben vorhin die deutsche Einheit erwähnt, die ja in der arabischen Welt bevorzugt vor dem Hintergrund der arabischen Einheit gesehen und gutgeheissen wird. Was halten Sie von dieser Einheit?

Wir fragen uns, wem sie nützt. Wir haben die Teilung Deutschlands als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs verstanden, als Ergebnis der faschistischen Aggression. Leider beging Hitler Selbstmord, und das deutsche Volk hatte die Konsequenzen zu tragen. Wir befürchten, dass das, was da passiert ist, eher eine Annexion als eine Einheit ist.

Anmerkungen:

- 1) Die Popular Front for the Liberation of Palestine wurde 1967 gegründet. Sie ist nach der al-Fatah die zweitstärkste Partei innerhalb der PLO und versteht sich als marxistisch-leninistisch.
- 2) Dr. George Habbasch ist Vorsitzender der PFLP.
- 3) Teile Kurdistans liegen auch in Syrien und in der Sowjetunion.
- 4) Im Sommer 1985 führte die schiitische Amal-Miliz mit syrischer Unterstützung, gegen drei palästinensische Flüchtlingslager in Westbeirut den sogenannten Lagerkrieg, der im April/Juni und im Oktober 1986 erneut aufflammte und sich dann bis in den Südlibanon erstreckte. Der Krieg diente dem Ziel, die bewaffnete Präsenz der PalästinenserInnen im Libanon zu zerschlagen.

KAMPF *dem* **KRIEG** *am* **GOLF**

Wir, eine Vorbereitungsgruppe aus autonomen und antiimperialistischen Gruppen, organisieren eine Demo in West-Berlin gegen den Krieg am Golf. Sie soll am 12.1.91, drei Tage vor Ablauf des UNO-Ultimatums, auf dem Kudamm laufen. Der 12.1. wird ein internationaler Aktionstag zu diesem Thema sein. In Frankfurt soll die Air-Base und voraussichtlich in Bremerhaven der Hafen blockiert werden. Für diese Aktionen wird in der jeweiligen Region mobilisiert werden. Wir wissen noch von Aktivitäten in London und in den USA.

-Gegen Hunger, Vertreibung, Völkermord!

-Unterstützt den Befreiungskampf der KurdInnen und PalästinenserInnen!

-Gegen das Terrorregime von Saddam Hussein!

Gegen Nato-Aufmarsch und UN-Hungerblockade!

AnhängerInnen von Saddam Hussein und stalinistische Gruppen haben auf der Demo nichts zu suchen!

TERMINE

Veranstaltung zum aktuellen Stand

im Prozess gegen

LUITI HORNSTEIN



Der Prozeß gegen Luiti Hornstein, in dem sie für den Anschlag auf Dornier verurteilt werden soll, geht zu ende. Nach anfangs starker Mobilisierung hat das Interesse nach sieben Monaten Prozeßdauer mehr und mehr nachgelassen. Nachdem vor ca. 6 Wochen die Plädoyers gehalten wurden und die Bundesanwaltschaft 12 Jahre Haft für Luiti forderte, ist die Beweisaufnahme nochmals aufgenommen worden.

Obwohl in den vergangenen 7 Monaten alle "Beweise" durch die Verteidigung nach und nach demontiert worden sind, halten BAW und Senat weiter an ihrem Verurteilungswillen fest. Die Verteidigung arbeitet daran, durch Beweisanträge und ZeugInnen, dem Senat jede Möglichkeit zu nehmen, Luiti zu verurteilen. Aber die Richter haben das Urteil schon geschrieben in der Schublade liegen.

Kommt zur Veranstaltung, informiert euch und besucht die letzten Verhandlungstage des Prozesses !

am SAMSTAG, den 22.12.90 um 19.00 Uhr
im Falckeladen, Falckensteinstr. 46

der nächste Termin: Donnerstag, 27.12.90 um 9.00 Uhr
im Prozeßbunker in Stammheim.

MAINZER STR. LEBT - WIR AUCH !!!

Die Mainzer Str. ist geräumt und unser Lesben/Frauen-Haus natürlich auch (schlurz). In den letzten Wochen ist soviel über die Räumung der Mainzer Str. geredet und diskutiert worden, daß wir jetzt endlich mal vielen Frauen/Lesben erzählen wollen, wie für uns das Leben auf der Straße war.

FR., 21. 12., 19 Uhr VERANSTALTUNG (außerdem noch mal den Film über die Räumung plus einige noch nicht gezeigte Videoschnipsel).

Versammlungsraum (Mehringhof), Gneisenaustr. 2a

Wir bekommen inzwischen Ausschlag bei auftauchender Presse, also: Zeitungs- Medienfrauen RAUS.

Fahrradschlüssel für RollstuhlfahrerInnen ist da.

Solidarität mit den hungerstreikenden span. Gefangenen aus Grapo + PCE(r).

WIR HOLEN UNS DIE HAUSER ZURÜCK !!!

8.3. INTERNATIONALER FRAUENKAMPF GEGEN PATRIARCHAT DEUTSCHLAND

TERMINE

AUF, AUF ZUM KNAST

AM 25. DEZEMBER !!

KNAST TEGEL, 13 UHR

(hinterm Parkplatz, bei

der Laubenkolonie) **FRAUEN-PLÖTZE, 14 UHR**

(Fried. Olbricht Damm)

KNAST MOABIT, 15 UHR

(Alt Moabit, vorm Park)

FÜR 3 SCHNELLE,

ABER HEFTIGE KUNDGEBUNGEN

X-B-LIEBIG

Cafe-Kneipe

Liebigstr.34

1034 Berlin-Friedrichshain

U-Frankfurter Tor

**MITTWOCHS
DONNERSTAGS
FREITAGS**

SAMSTAGS 10 Uhr Frühstück

SONNTAGS 10 Uhr Frühstück

20 Uhr Veranstaltung anschl. Kneipe

20 Uhr Frauen und Lesbentag

20 Uhr Volksküche und Kneipe

20 Uhr Kneipe

15 Uhr Cafe 20 Uhr Kneipe

Sante Notarnicola

**die kristalle
des himmels
zerbrechen ...**

Gedichte
aus 21 Gefängnisjahren

Zu beziehen über: GNN-Verlag, Gün-
therstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.
040 (2297419), oder direkt bei:
gruppe 2, Öttlmaistr. 8, 8000 Mün-
chen 83.

Preis: 13,50 DM.

Der italienische Revolutionär Sante Notarnicola wurde 1971 wegen Beteiligung am bewaffneten Kampf zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt. Er verbrachte mehr als 21 Jahre im Gefängnis, davon mehr als zehn Jahre in Hochsicherheitszellen, bevor er — lange nach der Begnadigung der damals mit ihm Verurteilten — 1988 unter strengen Auflagen in die „Halbfreiheit“ entlassen wurde. Seine von der „gruppe 2“ in München herausgegebenen Gedichte handeln von Liebe, Wut, Angst, Schmerz, aber auch von Kraft und Stärke, sie sind gleichzeitig politisch und „persönlich“, benutzen das Instrument „Poesie“, um Gefühl, Identität und Sensibilität eines Menschen zu verteidigen, dessen Leben Tag für Tag mit repressiven, verhassten und destruktiven Strukturen konfrontiert ist.



**ANARCHISTISCHER
TASCHENKALENDER
1991**

Vom Herausgeber des SRKK 1983-89
Ralf G. Landmesser

Für Menschen, die ein klein wenig phantasievolles Chaos dem ge- und verordneten Stumpfsinn vorziehen; für Kreuz- und QuerdenkerInnen mit Herz und Humor. Für Inspiration und gegen das Vergessen der Spätgeborenen. Für Grenzen-lose Freiheit in einer Welt des Friedens, Wohlstands, der Gleichberechtigung und ökologisch bewußten Lebensweise.

Hochwertige, stabile Bindung,
256 Seiten
Preis 10,- DM incl. Porto und Verpackung.

Nur gegen Vorkasse:
Überweisung, Scheck, bar

R.G. Landmesser
Rathenower Str. 23
D-1000 BERLIN 21
Postgironummer München
Kto.Nr. 508 48-801, BLZ 700 100 80
Unbedingt eigene Adresse angeben!!!

Ab 5 Stück je 7,- DM
Ab 20 Stück je 6,50 DM

Anarchy statt Germoney

TERMINE

KLEINE
NEUIGKEIT
AM
RANDE.

Menschenfreundliche Versammlung

Sonntag 18³⁰ Donnerstag 18³⁰

MONTAGS IST
REDAKTIONS-
SCHLUß

Wir haben
schon genug
Arbeit mit
euch
gehabt.
Die Sweeties
sind auch
mager ausge-
fallen, obwohl
ihr be-
stimmt zu
Weihnachten
alle zu euren
Eltern
geht.
Ihr seid
so reizvoll

Donnerstag,	20.12.90 20.00 Uhr	Info-Veranstaltung über die Gefängnisse in Türkei/Kurdistan	Prater/Foyer Kastanienallee 7- Prenzlauer Berg
Freitag,	21.12.90 19.00 Uhr	Kiezpalaver Wedding Vorbereitung von Aktions- tagen gegen Wohnungsnot	Cafe Oromo Olyannaa Prinzenallee 81 U-Bhf. Pankstr.
	19.00 Uhr	Veranstaltung zur Mainzer von/für <u>Frauen</u> /Lesben	Versamlungsraum Mehringhof
	???	<u>Fest</u> zur Wintersonnen- wende	Wagenburg Waldemarstr.
Samstag,	22.12.90 20.30 Uhr	Konzert mit Plank (Punk) und <u>Solifete</u> für Radio 100	Cafe Subversiv Brunnenstr. 7 U 8-Rosenthaler Platz
	19.00 Uhr	Veranstaltung zum aktu- ellen Stand im Prozeß gegen Luiti Hornstein	Falckeladen Falckensteinstr.46 1 Bln. 36
Sonntag,	23.12.90 20.00 Uhr	<u>Film</u> wie immer	EX/ Mehringhof
	19.00 Uhr	<u>Treffen</u> zur Wagenburg s. Flugl	Thomas-Weißbecker- Haus, Wilhelmstr
Sonntag oder Montag	22.00 Uhr	<u>Überraschungsfilm</u> (leider war die Termin- angabe etwas verquirlt. Damit ihr eure Putenbäuche etwas abrennen könnt, fragt selber nochmal nach.	Syndikat, Weisestr.56 1 Bln. 44
Montag,	24.12.90 ab 22.00	<u>ENDLICH:</u> sehen und gesehen werden!!!! <u>DIE FETE</u>	EX/ Mehringhof
Dienstag,	25.12.90	<u>Kundgebungen</u> (Flugi)	Tegel, Plötze, Moabit

Vom 25.12-31.12. Häusertage in Hamburg

A black and white collage. At the top, a close-up of a person's face, looking down. Below the face, a pair of hands holds a rectangular sign. The sign has the word "ERLEDIGT" written on it in bold, capital letters. The hands are positioned as if holding the sign up. The background is a textured, dark grey. The entire collage is framed by a thin black border.

ERLEDIGT